

Unter anderem in dieser Ausgabe:

AUS DER PARTEI: UNSER PARTEIKONVENT IN LEIPZIG S. 3

KRITIK: ZUM NEUEN INKLUSIONSGESETZESENTWURF S. 8

GESCHICHTE: EIN HISTORIKER DER REVOLUTIONÄREN TRÄUME S. 12-13

STADTENTWICKLUNG: LEIPZIGER OLYMPIABEWERBUNG S. 14

Veranstaltungstipp

Imperialistisch sind immer nur die anderen!?

Ein Beitrag zum Ukraine-Konflikt und zur Debatte über Imperialismus mit unserem ehemaligen Bundestagsabgeordneten Jan van Aken.

Seite 16

Mitteilungsblatt

Ausgabe 05/2023

Zeitung von DIE LINKE. Leipzig

DIE LINKE.



1. Mai 2023, Unser Block auf der DGB-Demonstration unter dem Motto „Du verdienst mehr! Heraus zum 1. Mai“

Foto: Ariane Barth

Heraus zum Klassenkampf!

Marianne Küng-Vildebrand Neben Gewerkschaften ist DIE LINKE Sachwalter der Beschäftigten-Interessen!

Gemeinsam mit dem DGB sind wir am 1. Mai wieder auf die Straße gegangen, um uns für gute Löhne und eine gerechtere Arbeitsmarktpolitik einzusetzen. Es muss selbstverständlich sein, dass alle Beschäftigten überall einen fairen und angemessenen Lohn erhalten. Umso mehr in der heutigen Zeit bei rasant sinkenden Reallöhnen wegen galoppierender Inflation.

Dieses Jahr standen vor allem die Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst im Fokus. In Leipzig hat sich DIE LINKE bereits an den Streiks der Beschäftigten der LVB und des öffentlichen Dienstes beteiligt und konkrete Forderungen in den Stadtrat eingebracht. Das Rückgrat der Verkehrswende ist der ÖPNV, ohne ihn gelingt die Umsetzung von

Nachhaltigkeitszielen in der Stadt nicht. Dafür aber braucht es nicht nur den Ausbau des ÖPNV-Netzes und des Angebots, sondern auch eine faire Bezahlung der Beschäftigten der LVB. Sie sind das Rückgrat des ÖPNV, ohne Sie fährt kein Bus und keine Straßenbahn.

Da das Ergebnis der Tarifverhandlungen viele LVB-Beschäftigte wegen der Vielzahl von Tarifverträgen in der LVB-Gruppe nicht umfassend erreichen würde, hat DIE LINKE. Leipzig im Stadtrat beantragt, zusätzlich zu den 9 und 11,5 Millionen Euro in 2023 und 2024 weitere 4,5 Millionen Euro aus dem städtischen Haushalt für einen vollumfänglichen Inflationsausgleich für alle Beschäftigten an die LVB zu überweisen. Der Inflationsausgleich

erreicht somit nicht nur die Tarifangestellten im Nahverkehr, sondern auch jene, die bei dem Tarifabschluss leer ausgegangen wären. Dieser Erfolg zeigt: Links wirkt und DIE LINKE hilft! Das kluge Zusammenwirken von Partei und Stadtratsfraktion kann viel bewegen, wo es wichtig und notwendig ist.

Neben dieser sektoralen und kurzfristigen Intervention bleibt es dabei: Alle Beschäftigten verdienen eine faire Bezahlung. Von der Reinigungskraft bis zu Fahrerin, vom ÖPNV bis hin zur Pflege. Die Verantwortung dafür obliegt zuallererst dem Bund. Es ist beschämend, dass die Stadt Leipzig Geld aus dem städtischen Haushalt verwenden muss, um Lücken zu füllen, die der Bund geschaffen hat.

Fortsetzung auf Seite 2

Sprechstunden & Sozialberatung

DIE LINKE vor Ort

Redaktion MiB Sprechstunden und Termine

Die regelmäßigen Sprechstunden und Beratungstermine der Leipziger LINKEN sind für alle Interessierten offen und kostenfrei nutzbar. Bei einigen Terminen ist eine vorherige Anmeldung nötig. Mehr Infos dazu auf den Internet-Seiten der Büros oder per Telefon.

Sprechstunden:

- Do. 8. Juni 2023, 17:00 Uhr, Stadtteilladen, Georg-Schwarz-Straße 122, Bürgersprechstunde mit dem Stadtrat Volker Külow
- Mo. 17. Juli 2023, 17:00 Uhr, WKB Grünau, Stuttgarter Allee 18 Bürgersprechstunde mit dem MdB und Stadtrat Sören Pellmann

Sozialberatungen:

- jeden 1. Mo. 17:00 bis 18:00 Uhr, WKB Grünau, Stuttgarter Allee 18, bitte um vorherige Terminvereinbarung unter: Tel. Nr.: (0341) 231 84 40, per Mail: soeren.pellmann@bundestag.de
- jeden Di. 17:00 bis 19:00 Uhr, INTERIM, Demmeringstraße 32, Sozialberatung mit ELO - Erwerbslosenhilfe Leipzig Tel. Nr.: (0341) 492 731 48
- jeden Do. 15:00 bis 17:00 Uhr, linXXnet, Brandstraße 15, Sozialberatung mit ELO - Erwerbslosenhilfe Leipzig Tel. Nr.: (0341) 308 11 99

Mietsprechstunde:

- 3. Dienstag im Monat, 19:00 Uhr linXXnet, Brandstraße 15

Vereinsberatung:

- auf Anfrage: prinzessin@linxx.net

Im Stadtrat:

- Fraktionssitzung: Mi. 7. Juni 2023, 18:00 Uhr, RPL-Saal, Neues Rathaus
- Ratsversammlung: Mi. 14. Juni 2023, ab 14:00 Uhr Ratssaal, Neues Rathaus
- Ratsversammlung (evtl. 2. Teil): Mi. 15. Juni 2023, ab 16:00 Uhr Ratssaal, Neues Rathaus

Eine gerechtere Arbeitswelt kann nur erreicht werden, wenn wir die erbrachten Leistungen anerkennen und fair bezahlen. Das Geld dafür ist da, die fetten Dividenden, die aktuell in der Finanz- und Energiebranche ausgezahlt werden sowie das steigende Bruttoinlandsprodukt sind der Beweis.

Wer in seinem Berufsleben ständig zu wenig bekommt, hat später in der Rente auch nichts mehr. Um das zu verhindern, steht DIE LINKE 365 Tage im Jahr an der Seite aller Beschäftigten.

Mein Praktikum im Liebknecht-Haus

Tara Frauendorf Es folgen zwei Wochen, in denen ich Aspekte der Politik auf unterster Ebene entdecke, von denen mir zuvor kaum eine Ahnung vorschwebt. Zwei Wochen, die mich nah an Menschen bringen, Menschen wie Annette und Etta, deren Beruf es ist, im Fraktionsbüro der Partei im Rathaus den Stadträtinnen zuzuarbeiten, ihnen zweimal im Monat beim Zoffen bis spät in die Nacht zuzusehen. Aber auch Menschen wie eine Dame aus Grünau, die seit dem Tod ihres Mannes allein in ihrer zu großen Wohnung lebt, für die jeder Umzug eine Mieterhöhung wäre, die lächelt und sagt, dass sie sich gefreut hat, mit jungen Menschen zu reden.

Es sind auch zwei Wochen, die mir Einblicke geben in das, was ich vorher nur als "Politik" kenne: Dass es sich in der Bundestagskantine nicht wirklich gemütlicher essen lässt

als in meiner Schulmensa. Dass man im Rathaus den Druckern nicht trauen kann, wenn man sich entsprechend umhört. Dass Mobilität in diesem Gewerbe essenziell zu sein scheint.

Besonders diesen Punkt erfahre ich in den zwei Wochen deutlich. In Berlin auf dem Weg von den Büros im Jakob-Kaiser-Haus zum nächsten Fahrstuhl. Oder in Neustadt-Schönefeld auf dem zum nächsten Außenbriefkasten. Dass Engagement und Lässigkeit beide unabdingbar sind, auch diesen Eindruck gewinne ich. Unabdingbar, wenn es darum geht, voranzukommen und nicht auf der Stelle zu treten, weiterzumachen, ohne den Überblick zu verlieren. Sich als Teil etwas Größeren zu verstehen, das möchte ich aus diesen zwei Wochen mitnehmen.

Offene Mitgliederrunde widmet sich Kommunalwahlprogramm

Tilman Loos & Adelheid Noack Und im Juni gibt's ein „Fit mit Links!“-Spezial

Die „offene Mitgliederrunde“ des Stadtbezirksverbandes Süd wird sich in den kommenden Monaten schon intensiv mit den Kommunalwahlen im Mai nächsten Jahres beschäftigen.

Dazu haben wir zu zahlreichen Themen die „Kapitel-Verantwortlichen“ der Redaktionsgruppe des Wahlprogramms eingeladen.

Im Juni allerdings geht's praktisch zu: Mit unserer Genossin Nancy Hochstein wollen wir die neuen öffentlichen Sportgeräte an der Connewitzer Spitze einweihen.

Eingeladen sind natürlich auch alle Genoss*innen und Interessierten, die selbst nicht aus dem Süden kommen, aber neidisch schauen wollen, was es am „Kreuz“ Neues gibt – oder sich einfach ein bisschen sportlich betätigen möchten.

Das sind die nächsten Themen und Termine unserer offenen Mitgliederrunden:

- Mi. 10. Mai: Demokratie, Sport & Kultur im Kommunalwahlprogramm mit Christian Annecke
- Mi. 14. Juni: »Fit mit links«-Spezial mit Nancy Hochstein an der Connewitzer Spitze
- Mi. 12. Juli: Soziales & Bildung mit Volker Külow
- Mi. 9. Aug.: Verkehrspolitik & Mobilität mit Franzi Riekewald
- Mi. 13. Sept.: Wohnungspolitik mit Jule Nagel
- Mi. 11. Okt.: Umwelt- und Klimapolitik mit Micha Neuhaus

Los geht's immer 19 Uhr. Ort ist meist entweder das linXXnet in der Brandstr. 15 oder die Frau Krause in der Simildenstr. 8 (oder deren Freisitz). Da wir gutes Wetter und Kneipen mögen, ändert sich der Ort manchmal noch kurzfristig in kleinem Umkreis. Infos dann aber am Ursprungsort und in der Telegramgruppe Süd: <https://left.de/5bg>



Foto: Hanna-Katharina T. / DIE LINKE. Sachsen - flickr.com

Unser Parteikonvent

Sabine Johanna Glameyer Am Samstag, den 29. April 2023 von 10:00 Uhr bis 17:00 Uhr fand in den Räumen der GaraGe Leipzig der Parteikonvent der sächsischen Linken statt, dies auch mit Blick auf die Landtagswahlen im kommenden Jahr. Aus allen Landesteilen Sachsens waren Interessierte vor Ort, um am ersten Parteikonvent in diesem Format teilzunehmen. Mit etwa 150 Personen war der Raum gut gefüllt.

Eröffnet wurde die Veranstaltung von Susanne Schaper. Für den weiteren thematischen Input am Vormittag sorgten Martin Schirdewan, Conny Ernst sowie Harald Pätzold.

Übereinstimmend vertraten die vier Redner*innen die Notwendigkeit, Differenzen innerhalb der Partei auszuhalten, konstruktiven Umgang damit zu pflegen und Synthesen aus den verschiedenen Perspektiven zu bilden, „... auf deren Grundlagen unsere Partei wieder vor die Welle kommt (...), anstatt sich fortspülen zu lassen.“ So formulierte es Susanne Schaper. Angesichts zahlreicher Probleme (Inflation, Krieg in Europa, Aufrüstung, Fachkräfte-Mangel, erstarkende Rechte) innerhalb und zunehmender Spaltung unserer Gesellschaft fragte sie: „Wer soll den Finger in die Wunde legen, wenn nicht wir?“ und gebot gleichzeitig, sich selbstkritisch zu fragen: „Haben wir alle die auf dem Schirm, die in diesem Land regelmäßig eines auf den Deckel kriegen?“

So waren alle Teilnehmenden am Nachmittag eingeladen zum offenen Austausch und zur Verständigung, um der Linken als plurale, soziale Partei wieder eine starke, einheitliche Stimme zu geben, ohne leere Floskeln zu verbreiten. Hier und heute „... wollen wir beginnen, mehr Klarheit und Eindeutigkeit in unseren politischen Positionen zu erreichen.“, so Martin Schirdewan. Er sieht die Aufgabe der Partei in unsicheren Zeiten darin, als verlässlicher Partner an möglichst vielen Orten aktiv zu sein und konkrete Hilfe für Menschen anzubieten, die diese

brauchen - sei es in Form von Mahlzeiten oder als Unterstützung beim Ausfüllen von Wohngeldanträgen oder einfach ein offenes Ohr zu haben für Anliegen, die Menschen mitteilen möchten, weil es ihn vielleicht an Gesprächspartner*innen fehlt.

Mit viel Beifall wurde die Rede von Conny Ernst begleitet. Sie nahm ebenfalls Bezug auf den von Martin Schirdewan so genannten „Epochenbruch“, durch die derzeitigen enormen Herausforderungen und Veränderungen, bspw. der Verlust von Arbeitsplätzen, durch die zunehmende Digitalisierung, Haushalte/Menschen mit finanziellen Schwierigkeiten durch steigende Preise, Bildungs- und Frauenthemen, Friedens- und Klimapolitik, aber natürlich auch die Herausforderungen der zunehmenden Migration.

Harald Pätzold konterkarierte die Abwanderung von Parteimitgliedern (6000 nannte Martin Schirdewan als Zahl für das vergangene Jahr) auf eine humorige Weise und erinnerte daran, dass „Das Totenglöckchen jedes Jahr für die Partei geläutet hat.“ und ergänzte mit dem Sprichwort: „Der Sachse stirbt nicht, er geht auf den Friedhof und legt sich nieder.“ Schließlich „wird nicht alles so heiß gegessen, wie es gekocht wird“.

Lasst uns auch trauern, auf Erfolge zu schauen und sie zu feiern. So etwa den Einzug der KPÖ mit 11,7 % ins Salzburger Landesparlament - möglich, dass wir öfter feiern sollten und dadurch die Attraktivität der Partei erhöhen, so etwa meinte Harald Pätzold und nimmt damit eine etwas andere „Problem-Gewichtung“ vor. Bei aller Schwere der gesellschaftlichen und politischen Situation tut es gut, zur Abwechslung etwas Leichtigkeit und Freude ins Blickfeld zu rücken. Harald Pätzold wagte einen Rückblick auf frühe Zeiten und nannte beispielhaft Graf von Einsiedel und Stefan Heym als namhafte Mitglieder der Partei. Trotz wesentlicher Unterschiede waren dennoch gemeinsame Ausrichtung und Kooperationsfähigkeit Ge-

bot - vielleicht vorbildhaft für heute. Denn, so Harald Pätzold: „Wer seine Leute nicht liebt, der wird auch niemand erreichen.“

Nach der Mittagspause teilten sich die Teilnehmenden in acht Gruppen auf und diskutierten in Workshops zu folgenden Fragestellungen:

- Was heißt linke Politik in Sachsen vor dem Hintergrund sich verändernder Mehrheitsverhältnisse?
- Linke (T)Räume? Was heißt Kümmererpartei?
- „Identitätspolitik“ vs. „Klassenpolitik“? Wie können wir politische Praxis stärker verbinden und was heißt das konkret?
- Wie entwickeln wir gemeinsam Politik? Wie gehen wir mit Konflikten und Widersprüchen um und wie entstehen Kompromisse?

Nach kurzen Inputreferaten konnten die Genoss*innen an dieser Stelle ergebnisoffen ins Gespräch kommen, Sichtweisen, Fakten und Erfahrungen austauschen. Wie zu vernehmen war, liefen alle Gesprächsrunden friedlich ab, kontroverse Meinungen wurden ausgehalten. Vllt. konnten auch neue, konstruktive Perspektiven aufgezeigt werden? Vllt. kam man auch zu neuen Einsichten, z. B. dass sich zwei scheinbar diametral gegenüberstehende Lösungen für ein Problem nicht unbedingt ausschließen müssen, sondern auch ergänzen können? Denkbar wäre es.

Mögen dieser und weitere Diskussionsräume sowie innerparteiliche Kooperationsprozesse dazu führen, dass Die Linke entschlossen und freundlich Gesicht zeigt. Sich mit kraftvoller Stimme als demokratische, soziale, egalitäre, freiheitliche Partei Gehör verschafft und mit ihren Aussagen und Handlungen deutlich gegen pseudodemokratische, exklusive, elitäre, antiliberalen Parteien und Gruppen abgrenzt.

Viel Aufregung um nichts

Dirk Apitz Da ist er nun, der 30. April. Der Stichtag für den Stadtvorstand mit dem Ziel genug Kreisverbände zu gewinnen, um einen Sonderparteitag einzuberufen. Das Ergebnis: Kein Sonderparteitag. Der Rummel und die Diskussionen aber nicht weniger ermüdend. Die BO Wilder Westen schrieb dazu auch einen Antrag für die Zurückholung von diesem Vorhaben. Ohne Erfolg. Es wird Zeit, dieses Vorhaben allgemein zu reflektieren und den Stadtvorstand mehr in die Pflicht zu nehmen. Denn dieses Vorhaben hat besonders der parteiinternen Diskussion eher geschadet als geholfen. Die Rekonstruktion entstand auch bei einer Veranstaltung vom Stadtbezirksverbandes Leipzig Südwest am 26. April 2023 im Erich-Zeigner-Haus, wo Johannes Schmidt, stellvertretender Vorsitzender unseres Stadtverbandes, eingeladen wurde und dies noch einmal für uns rekonstruierte.

Bei einer Klausur des Stadtvorstandes im Frühjahr wurde über die allgemeine Lage der Bundespartei diskutiert und wie der aktuellen Krise entgegen gewirkt werden kann. Mal von der Frage abgesehen, ab wann ein Kreisverband eigentlich seine Kompetenzen überschreitet, kam ein wenig später der

Antrag von Michael Lauter. Dieser wurde auch intern besprochen und dann bei der nächsten Stadtvorstandssitzung, ohne Ankündigung für die Mitglieder, beschlossen. Es zeigt sich das größte Problem: Die Basis ist komplett ausgeschlossen aus der Diskussion für einen sehr relevanten Vorgang. Sicherlich, wie in unserem Gegenantrag formuliert, muss ein gewähltes Gremium nicht bei jeder Entscheidung die Mitglieder einbeziehen. Und auch ich wurde darauf hingewiesen, als Vorsitzender vom Stadtbezirksverbandes Alt-West, dass ich ja nicht für jedes Kinderfest die Basis einbeziehe. Nun ist ein Kinderfest aber auch etwas anderes, als ein Bundesparteitag. Aber diese Aussage zeigt auch die fehlende Emphatiefähigkeit des Stadtvorstandes. Was dieser Vorgang in der Form auslösen könnte, besonders in unserem Stadtverband, sollte Einigen doch klar sein. Zumindest Johannes Schmidt schien drauf hinzuweisen, dass der Prozess ein Anderer sein sollte. Dafür gestimmt hat aber auch er und so bleibt es bei leeren Worthülsen insgesamt.

Allgemein wurde von der BO Wilder Westen, wie auch von anderen Genoss*innen der Vorstand bei den Diskussionen als arrogant

und ignorant bezeichnet. Diese Beobachtung teile ich ausdrücklich bei diesem Thema. Es wird selten auf die Einwände konkret eingegangen oder es werden andere Schauplätze aufgemacht. Keine Selbstreflexion oder kritische Analyse des Vorstandes wird in irgendeiner Form sichtbar. Dass es bereits vom Bund, Land und selbst in unserem Stadtverband mehrere Angebote gibt, wird ignoriert. Genau darauf sollten wir uns jetzt fokussieren. Der Parteikonvent am 29. April zeigte eindeutig, dass die Mitglieder unserer Partei ohne Abstimmungsnot miteinander reden und die unterschiedlichen Positionen friedlich miteinander austauschen. Ohne Plattitüden oder gar Vorwürfe. Es ist auch hier im Übrigen auffällig, dass die, die mit dem Antrag eines Sonderparteitages geliebäugelt haben oder vom Vorstand sogar dafür abstimmt, eher wenig präsent waren oder gingen, bevor die eigentlichen Diskussionsrunden überhaupt losgingen. Wer Veränderungen auch in der Partei möchte und die Diskussion verlangt, sollte dann sich dieser auch stellen. Ansonsten wirkt es so, dass die Krise unserer Partei nur für das eigene Ego und Interessen instrumentalisiert wird.

Gründung der BAG Kindheit & Jugend in Kassel

Frederik Schwieger Am ersten Mai-Wochenende 2023, am 6. und 7. Mai, fand in Kassel die Gründungsversammlung der Bundesarbeitsgemeinschaft Kindheit und Jugend statt. Genoss:innen aus dem gesamten Bundesgebiet versammelten sich dort, um eine erste Analyse des gegenwärtigen Zustandes der Kinder- und Jugendhilfe und des damit einhergehenden prekären Aufwachsens junger Menschen vorzunehmen und erste Schwerpunkte für die zukünftige Arbeit zu diskutieren. Gemeinsam möchte der Bundesarbeitskreis zukünftig fachlich kompetent und aus einer klaren Klassenperspektive heraus für die Rechte, Bedarfe und Interessen von Kindern, Jugendlichen und ihren Familien streiten. Wir wollen eine starke Stimme sein und auch insgesamt die Kompetenzen unserer Partei in diesem Themenfeld stärken.

Da das eigentlich für den Einstieg am Samstag geplante Impulsreferat von Norbert Müller zu „Kindheit und Jugend im Spiegel steigender Armut und leerer öffentlicher Kassen“ aufgrund der Erkrankung des Refe-

renten ausfallen musste startete die Tagung mit einem kollektiven Austausch der Anwesenden zum Thema des Referates. Leider wenig überraschend, brennt eigentlich im gesamten Bundesgebiet die Hütte: Fehlende Kita Plätze, Personalmangel, kaputtgesparte Jugendarbeit, ein Backlash autoritärer Erziehung, überforderte ASDs, Bürokratie und die Folgen von Corona-Krise und Inflationen usw. Schon fast zu viele Themen und Probleme für einen einzelnen Arbeitskreis. Im Anschluss daran diskutierten auf dem Podium verschiedene Expert:innen aus dem vielfältigen Feld der Kinder- und Jugendhilfe: Daniela Broda (Deutscher Bundesjugendring), Prof. Dr. Nikolaus Meyer (Hochschule Fulda), Kerstin Kubisch-Piesk (BAG ASD), Vera Reinbold (ver.di) sowie unsere jugendpolitische Sprecherin im Bundestag Heidi Reichinnek und konnten die begonnene Diskussion noch um verschiedene praktische, politische und wissenschaftliche Aspekte ergänzen. Abgerundet wurde der Tag mit einem Kinder- und Jugendpolitischem Empfang der Landtagsfraktion Hessen mit Diskussionen, Kulturprogramm und Buffet.

Bei Speis und Trank wurde sich vernetzt und die anstehenden lokalen jugendpolitischen Herausforderungen diskutiert.

Der Sonntag stand dann ganz im Zeichen des formale Gründungsprozesses. Zuerst wurde die Satzung diskutiert und beschlossen. Danach wurde dann noch der erste Sprecher*innenkreis des Arbeitskreises gewählt, der für die kommenden Jahre 2 Jahre amtiert. Für den Sprecher*innenkreis wurden gewählt: Kolja Fuchslocher (Berlin), Volker Vödisch (Hamburg), Ingrid Wolff (Herford), Lisa Schmitz (Papenburg), Attila Gümüs (Köln), Nicole Anger (Magdeburg) und Frederik Schwieger (Leipzig). Damit ist der Bundesarbeitskreis Kindheit und Jugend gegründet. Jetzt geht es ans Arbeiten und ihr werdet hoffentlich zukünftig noch einiges von uns hören.

Der Bundesarbeitskreis hat derzeit noch wenige Mitglieder und freut sich über alle Genoss*innen die mitwirken wollen. Erklärt dafür eure Mitgliedschaft unter: bag.kindheit-jugend@die-linke.de

linXX liest! Eindrücke von unseren Buchmesseveranstaltungen 2023

Fabian, Juli, Claudia Nach einigen Jahren Pause bzw. eingeschränktem Buchmessebetrieb in Leipzig fand die Buchmesse in diesem Jahr wieder so statt wie vor der Pandemie. Auch als linXXnet-Kollektiv haben wir in Kooperation mit dem nd, der Rosa

Luxemburg Stiftung Sachsen, dem Lixer e.V. und dem Stadtverband achtzehn Veranstaltungen im Rahmen des „Leipzig liest Programms“ auf die Beine gestellt. Insgesamt haben unsere Veranstaltungen weit über

500 Menschen besucht. Den Großteil der Veranstaltungen haben wir aufgezeichnet, ihr könnt diese auf unserem Youtube-Kanal „linXXnetLeipzig“ anschauen. Hier ein paar Impressionen:



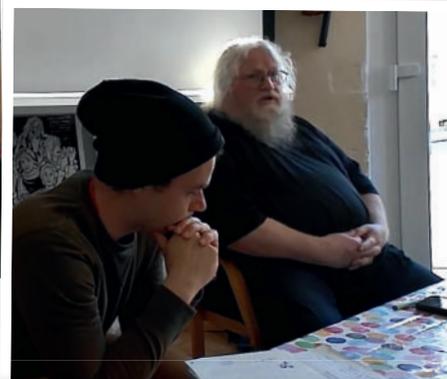
"Jedem Zauber wohnt ein radikaler Anfang inne: Warum uns ein bisschen Genderwahn guttut" - Mit der Gründerin von Pinkstinks Stevie Meriel Schmiedel wurde über die Mehrheitsfähigkeit von Genderdiskursen diskutiert.



"Zum Zustand der Linken in Österreich": es diskutierten Peter Porsch (ehem. Vorsitzender der Linksfraktion im sächs. Landtag), Oliver Scheiber (ein österreichischer Jurist und Mitinitiator des Rechtsstaat- und Antikorruptionsvolksbegehrens), Moderator Horst Junginger (Prof. Religionswissenschaft Uni Leipzig, Co-Vorsitzender RLS Sachsen), Barbara Steiner (Politikwissenschaftlerin, Direktorin von transform!europa) und Walter Famler (Publizist, Generalsekretär Alte Schmiede Wien Kunstverein)



"Jedem Zauber wohnt ein radikaler Anfang inne: Warum uns ein bisschen Genderwahn guttut" - Mit der Gründerin von Pinkstinks Stevie Meriel Schmiedel wurde über die Mehrheitsfähigkeit von Genderdiskursen diskutiert.



Im Stadtteilladen des Lixer e.V. in Kleinzschocher ging es (thematisch passend) um Stadtteilarbeit. Diese wurde mit der Hegemonie-Theorie Antonio Gramscis zusammengedacht. Dazu hielt Uwe Hirschfeld (u.a. ehem. Vorsitzender RLS Sachsen) einen Vortrag. Den Vortrag und die Diskussion findet ihr auf dem Youtube-Kanal des Lixer e.V.

Fotos: linXXnet



Auch bei unser Abschlussveranstaltung war volles Haus im INTERIM. Die Poetry Slam Show wurde moderiert und kuratiert von Josephine von Blüten Staub. Drei hochkarätige Slam Poet:innen (Lila Sovia, Linux Wedemeyer, Boris Flekler) gestalteten uns einen wundervollen Abend mit ihren Texten.

Endlich Rechtssicherheit auch für Tauschgrundstücke in der Frage um Abrisskosten!

Dr. Volker Külöw Die Entscheidung fiel zwar schon im März, aber sie schlägt immer noch Wellen in der Stadtgesellschaft. Nach langer Debatte beschloss die Ratsversammlung den Antrag der Linksfraktion „Keine Abrisskosten für Garagenpächterinnen und -pächter auch bei Grundstückstausch oder anderweitigem Eigentümerwechsel“. Schon am 15. Juni 2022 hatte der Stadtrat auf Antrag der CDU den Beschluss „Rechtssicherheit für Garagenhöfe in Leipzig“ gefasst.

Ebenso wurde seinerzeit der Ergänzungstrag unserer Fraktion beschlossen, für den Fall der erforderlichen Räumung aufgrund der ordentlichen oder außerordentlichen Kündigung der Verträge zu den in Rede stehenden Garagengrundstücken gemäß Überleitungs- oder Neuverträgen (Pacht-, Miet- und Nutzungsverträge), die Kostenübernahmeverpflichtung zu Lasten der Pächter, Mieter bzw. Nutzer im Sinne einer Kostenübernahme durch die Stadt Leipzig zu ändern.

Natürlich gingen wir im Sinne der Gleichbehandlung davon aus, dass die Stadt die vollständige Befreiung der Garagennutzerinnen und -nutzer von Abrisskosten garantiert, wenn sie auf die entsprechenden Garagenhöfe sowohl als Bau-, aber auch als Tauschgrundstück zugreifen muss. Die Verwaltung aber schien das bisher anders zu sehen: Sie fühlte sich lediglich für die Kostenübernahme verantwortlich, wenn die abzureißenden Garagen nicht an private Grundstückseigentümer übergingen.

„Es kann doch nicht sein, dass die Pächterinnen und Pächter, die ihre oftmals seit Jahrzehnten mit Herzblut gepflegten Garagen aufgeben müssen, nach einem Grundstückstausch auch noch für deren Abrisskosten aufkommen sollen“, verdeutlichte ich in meiner Rede unsere Auffassung der Beschlusslage vom 15. Juni 2022 und ergänzte, dass sie sich „auf alle denkbaren Fallkonstellatio-

nen bezieht, also auch auf Tauschgrundstücke; d. h. im Falle des Tausches werden die Verträge geändert, solange die Stadt noch Grundstückseigentümer ist.“

Nach dem Abstimmungsergebnis im Stadtrat ist klar, dass jetzt tausende Garagenpächterinnen und -pächter endlich Rechtssicherheit haben. Die Abrisskostenfrage

ist klar und transparent geregelt. Das ist ein großer Erfolg für die Linksfraktion als Kümmerer im kommunalpolitischen Alltag, der noch dadurch versüßt wird, dass Oberbürgermeister Jung seinen vollmundig angebotenen Einspruch bei der Landesdirektion hinterher klammheimlich kassierte.

Besuche im Wahlkreis Südwest führten zu Anfrage im Leipziger Stadtrat

Sören Pellmann Auch im April tourte ich wieder mit meinem Team in meinem Wahlkreis, diesmal besuchten wir den Südwesten. Wir starteten am 3. April mit dem Besuch beim Siedlerverein-Thomas-Münzer Knauthain, dann ging es zum Berufsbildungswerk Knauthain-Leipzig und zum Bürger- und Förderverein Körnerhaus Großzschocher.

Tags darauf am 4. April besuchten wir in Plagwitz die neue Örtlichkeit des Seniorentreffs Haus der Begegnung und das Familienzentrum des Mütterzentrums "Treffpunkt Linde". Begleiter wurden wir von unseren Stadtbezirksbeiräten William Grosser und Claudia Scholz.

Der Vereinsvorstand des Siedlerverein-Thomas-Münzer besprach mit mir mehrere Themen, eines lag ihnen jedoch besonders am Herzen, der Gehweg in der Siedlung, der seit Jahren nicht mehr richtig unterhalten wird und nun in einem solchen Zustand ist, dass er für Fußgänger eine Gefahr darstellt und fast unpassierbar ist. Dabei hatte die Stadt Leipzig für die Sanierung bereits seit Jahren finanzielle Mittel im Haushalt eingestellt, passiert ist aber nichts. Ich stellte im Stadtrat daraufhin eine Anfrage zu dieser Themenlage. Nun wird es verwaltungsintern mit den verantwortlichen Ämtern einen vor Ort Termin geben und soll besprochen werden, wie es mit dem Gehweg weiter geht. Wir sind auf das Ergebnis gespannt

Spannende Einblicke gaben mir die Vereinsmitglieder des Bürger- und Förderverein Körnerhaus in Großzschocher, mit viel Eigenleistung und großen Engagement wird das Körnerhaus gepflegt und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Das kleine Museum ist ein interessanter Begegnungsort im Stadtteil. Besonders stolz sind die Initiatoren über das raffiniert getarnte Versteck im Hause, das früher Körner als Unterschlupf diente und heute noch besichtigt werden kann. Ich durfte mich als erster Gast ins neue Gästebuch des Vereins eintragen und die Vereinsmitglieder hatten auch schon ein Foto von mir dabei, dass sie dann dazu einkleben wollen. Ich freue mich auf jeden Fall



Stadtratsnotizen

Siegfried Schlegel Bericht vom Stadtratsgeschehen im April

Kulturbürgermeisterin wiedergewählt
Die Ratsversammlung wählte und bestellte erneut Dr. Skadi Jennicke für weitere 7 Jahre als Beigeordnete für Kultur (Bürgermeisterin) mit 80 % der gültigen Stimmen aus den demokratischen Fraktionen. Skadi Jennicke hatte sich bereits als Stadträtin der Fraktion DIE LINKE als Kulturfachfrau in Leipziger Kulturkreisen einen Namen gemacht und nach Ihrer Wahl 2016 die Erwartungen voll erfüllt.

Sie hatte in Leipzig Dramaturgie an der Leipziger Hochschule für Musik und Theater „Felix Mendelssohn Bartholdy“ studiert und Berufserfahrungen in Leipzig, Halle und Frankfurt/Main gesammelt. Seit 2019 sitzt sie dem Kulturausschuss des Deutschen Städtetages vor. Sie verantwortet neben den Theatern und Gewandhaus auch städtische Museen, die Förderung der Freien Kunst und Kultur, die Bibliotheken sowie das Marktamt.

Wolfgang-Heinze-Straße 30 km/h-Zone
Mit breiter Mehrheit beschloss der Stadtrat zum Schutz der Wohnbevölkerung vor Lärm und Abgasen die Prüfung von Tempo 30 in der Wolfgang-Heinze-Straße, den Linksstadträtin Juliane Nagel gestellt hatte. Die

Wolfgang-Heinze-Straße bleibt auch weiterhin Vorbehaltstraße für die Straßenbahn, was aber einen grundhaften Ausbau der Straße bedarf. Auf Grund der ähnlichen Situation sollen ebenfalls Straßenabschnitte in der Karl-Heine-Straße und der Arthur-Hoffmann-Straße geprüft werden, was ebenso dort zur Herabsetzung führen könnte.

Leipziger Weihnachtszirkus für alle
Ohne auf Traditionen und die Bezahlbarkeit für die breite Stadtgesellschaft zu achten, hatte das Marktamt die Veranstaltungsfläche am Cottaweg im Ergebnis eine Ausschreibung an einen niederländischen Veranstalter mit höherpreisigen Zirkusveranstaltungen vergeben. Nach heftigen Protesten in der Öffentlichkeit hatte der Bieter auf die Durchführung der Zirkusveranstaltungen zu Weihnachten verzichtet. Deshalb hatte die Linksfraktion ein beschränktes Vergabeverfahren beantragt. Diesem Vorschlag hatte sich auch die Verwaltung angeschlossen. Zukünftig soll eine Jury unter Einbeziehung aller Fraktionen entscheiden. Bedarfsweise wird für den Weihnachtszirkus 2023/24 mit dem Zirkus Aeros ein Verhandlungsverfahren organisiert.

Arbeit der Pflegedienste ermöglichen
Auf Drängen des Seniorenbeirats und auf Antrag der CDU-Fraktion beschäftigt sich der Stadtrat ausführlich mit der Parksituation von Kfz der ambulanten Pflegedienste in innerstädtischen Wohnquartieren mit Anwohnerparken und Parkgebühren. Mit der Idee der Übertragung des Modells der sogenannten „Handwerkerhefte“ hatten es sich Verwaltung und Teile des Stadtrates zu einfach gemacht, da die Pflegekräfte zahlreiche Pflegebedürftige mitunter mehrfach am Tag aufsuchen müssen. Da diese Parkgebühren nicht von den Pflegekassen erstattet werden, müssten die zu Pflegenden diese Kosten neben den Eigenanteilen quasi als Leipziger Sondersteuer tragen müssten oder nicht mehr mit Kfz aufgesucht werden. Die Verwaltung ist nunmehr auch unter Nutzung der Erfahrungen anderer Städte wie Dresden und Chemnitz zeitnah eine Lösung für Leipzig zu erarbeiten.

Herausforderungen bei einer nachhaltigen ÖPNV-Finanzierung
Der Stadtrat beschloss haushaltswirksame Zuschüsse in Höhe von 9 Mio. Euro in diesem Jahr und 11,5 Mio. Euro im kommenden Jahr,

schon auf die Einladung zum Körnerfest im Herbst.

Der Umzug von der Karl-Heine-Straße in die Zschochersche Str. 32 hat sich für das Seniorenhaus Plagwitz wirklich gelohnt. Helle, freundliche, neue Begegnungsräume sind entstanden und laden nun im Erdgeschoss zum geselligen Zusammensein ein. Ein einladender Ort mit sehr engagierten Mitarbeiterinnen und Ehrenamtlichen, die mit viel persönlicher Hingabe gemeinsam mit den Besucherinnen interessante Angebote entwickeln. William Grosser hat auch gleich spontan seine Mitarbeit und Ideenvorschläge für neue Ausflüge angeboten. Mit schwerem Herzen mussten die Mitarbeiterinnen jedoch die Kleiderkammer aufgeben, dafür ist im neuen Standort leider keinen Platz mehr. Die Villa Leipzig, als Träger des Seni-

orenhauses, versucht dafür eine Lösung zu finden und in der Nähe weitere Räume anzumieten. Beim Besuch im Mütterzentrum "Treffpunkt Linde" ging es u. a. um das Projekt „Restlos“, das von der Stadt Leipzig und Aktion Mensch gefördert wird. Ich habe mir in einem zweiten Termin vor Ort das Projekt in der Gießelstraße 29 angeschaut und bin beeindruckt von der Leidenschaft der dort wirkenden Personen. Die Förderung des Projekts konnte von der Stadt Leipzig nicht in dem gewünschten Umfang bewilligt werden, wie beantragt. Wir diskutierten gemeinsam das weitere Vorgehen mit dem Ziel, in Zukunft wieder in die Förderung zu gelangen.



Fotos: Team Sören Pellmann



mit denen unter anderen der randstädtische Flexa-Busverkehr unterstützt werden soll.

Der OBM wurde beauftragt, sich weiterhin aktiv gegenüber Bund und Land an den entsprechenden Stellen und in den Gremien für eine auskömmliche Finanzierung des Öffentlichen Personennahverkehrs einzusetzen. Da es mit dem Deutschlandticket insgesamt über alle Tickets gesehen zu einer deutlichen Tarifabsenkung kommt, entfällt die bisherige Deckelung der Tarifsteigerung auf max. 2 %. Im Zusammenhang mit der Evaluierung der Mobilitätsstrategie unter den sich verändernden Rahmenbedingungen sollen belastbare Zahlen im IV. Quartal vorgelegt werden.

Ausschussbesetzungen geändert

Infolge des Austritts von Thomas Kumbernuss, der sich ebenso wie Marcus Weiss mit dem Mandat von *Die Partei* 2019 der Linksfraktion angeschlossen hatte, benannte diese Mitglieder und Stellvertreter für beschließende und beratende Ausschüsse.

Gleichfalls gab es Änderungen in den Ausschussbesetzungen durch die Beendigung

der ehrenamtlichen Stadtratstätigkeit von Stephanie Gruner (Bündnis 90/Grüne) aus wichtigem Grund und der Neuverpflichtung von Anne Sehl als Nachfolgerin.

Platz nach „Euromaidan“ benennen

Knapp mit 24 zu 23 Stimmen beschloss der Stadtrat den Alternativvorschlag der Verwaltung, den Begriff „Euromaidan“ für die Aufnahme in den Namensvorrat der AG Straßenbenennungen zu verweisen.

In der Debatte konnte man den Eindruck gewinnen, dass ein Antrag mal eben aus der Hüfte geschossen wurde und es stattdessen einer inhaltlichen, ganzheitlichen geschichtlichen Aufarbeitung bedarf.

Der Schoß ist fruchtbar noch oder geschichtsvergessen

Ganz im Stil des Kalten Kriegs stellte die CDU die Anfrage, wonach „mit der der Unterschrift des Oberbürgermeisters jüngst zu einer Veranstaltung in das Stadtarchiv Alte Messe Sowjetischer Pavillon Straße des 18. Oktober 42 eingeladen wurde und „noch im Jahr 2023 noch als sowjetischer Pavillon zu bezeichnen und damit das kommunistische

Völkergefängnis im offiziellen Sprachgebrauch zu würdigen“. Die CDU fragte weiter, ob der OBM diese Bezeichnung künftig vermeiden wird. Und falls nein, warum nicht.

Andienerisch die Antwort des OBM: „Der Gebrauch der im Volksmund üblichen Bezeichnung „Sowjetischer Pavillon“ sollte die lokale Verortung der Veranstaltung einfacher gestalten. Eine Würdigung der Sowjetunion war damit natürlich nicht beabsichtigt. - Diese Bezeichnung wird auf zukünftigen offiziellen Einladungen vermieden und stattdessen die offizielle Adresse des Stadtarchivs verwendet. Tatsache ist, dass die Stadt Leipzig auf Initiative des damaligen Planungsdezernenten Nils Gormsen von einer Nachfolgeorganisation der ehemaligen GUS-Staaten erworben hatten die alle einschließlich der Ukraine davon profitierten.

In diesem Zusammenhang sollte man an den Leipziger Reichstagsbrandprozess 1933 erinnern, als Georgi Dimitroff den Innenminister Göring fragte; „Sie haben wohl Angst vor diesen Fragen?“. Also sollen historische Wahrheiten ignoriert werden.

Kein Spargel ohne miserable Arbeitsbedingungen!?

Lars Freudenberger Eine sozialistische Analyse der anhaltenden Ausbeutungsverhältnisse innerhalb der Saisonarbeit

In der vorangegangenen letzten laufenden Sitzungswoche des Bundestags im Monat März hat sich dieser mit parlamentarischen Initiativen der Linkspartei beschäftigt. Diese beinhalteten eine Aktuelle Stunde mit dem Titel „Preisexplosionen im Supermarkt – Maßnahmen gegen die anhaltenden hohen Lebensmittelpreise“, sowie einen Antrag, der die „Ausbeutung von Saisonbeschäftigten“ verhindern soll. Letzterer forderte akzeptablere Arbeits- und Wohnbedingungen für Saisonbeschäftigte, volle Krankenversicherungs- und Rentenansprüche sowie pünktlich und vollständig ausgezahlter Lohn. Diese Forderungen resultieren aus jahrelangem Lohndumping und einer stetigen Verweigerung der Arbeitgeber, den Saisonarbeiter*innen eine Krankenversicherung zu gewähren.

Bereits im Herbst 2021 hatte die Ampel in ihrem Koalitionsvertrag ein ausdrückliches Versprechen gegeben: »Für Saisonbeschäftigte sorgen wir für den vollen Krankenversicherungsschutz ab dem ersten Tag.« Inzwischen hat die Ernte diesen Jahres schon längst begonnen und damit die zweite Saison unter der Ampel Regierung, in der

dieses Versprechen nicht erfüllt wurde. Die Initiative der LINKEN ist somit ein notwendiger Schritt, um der kapitalistischen Logik, welche hinter solchen Ausbeutungsverhältnissen steht, etwas entgegenzuwirken. Immer höhere Profite sollen durch immer stärkere Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiter*innen erreicht werden, damit niedrige Preise auch in Zeiten der Inflation aufrechterhalten werden können. Eine Anpassung des Lohns an die immer höher werdenden Lebenshaltungskosten sowie starke und kämpferische Gewerkschaften müssen die Antwort auf konstante Ausbeutung sein.

Doch die Regierung blockiert seit Jahren jede Bemühung, faire Arbeitsbedingungen und menschenwürdige Lebensbedingungen für Saisonarbeiter*innen möglich zu machen. Die konservative und arbeiter*innenfeindliche Politik unter der ehemaligen Landwirtschaftsministerin Julia Klöckner (CDU) ermöglichte es sogar, eine kurzfristige Beschäftigung innerhalb des Minijob-Modells von ursprünglich 70 auf 102 Tage anzuheben. Dieses Modell zwingt die Saisonbeschäftigten in einen Arbeitsalltag, der geprägt von Perspektiv- und Alternativ-

losigkeit keinen Freiraum für eine faire Bezahlung der Lohnarbeit lässt.

Solchen Gegebenheiten müsste die Ampel Koalition, die 2021 noch „Mindeststandards für den Arbeits- und Gesundheitsschutz in der Landwirtschaft“ in den Koalitionsvertrag aufgenommen hat, eigentlich entgegenwirken. Von entsprechenden Maßnahmen und einem progressiven Handeln der Regierung kann im Zusammenhang mit der Ausbeutung von Saisonbeschäftigten jedoch kaum die Rede sein. Denn passiert ist bislang nichts: Nicht einmal der ebenfalls im Koalitionsvertrag vereinbarte „Volle Krankenversicherungsschutz ab dem ersten Tag der Beschäftigung“ wurde eingeführt.

Von einer Koalition, die sich selbst als Fortschrittskoalition bezeichnet und sich „Soziale Gerechtigkeit“ auf die Fahne schreibt, ist im Umgang mit solchen prekären Verhältnissen weitaus mehr zu erwarten. Für uns als Partei steht fest: Schluss mit miserablen Arbeits- und Unterkunftsbedingungen, fehlendem Arbeitsschutz und Mindestlohnbruch!

Chance auf großen Wurf vertan

Uwe Fiedler Zur Kritik am neuen Gesetz zum inklusiven Arbeitsmarkt – und warum DIE LINKE trotzdem zugestimmt hat

Die Linksfraktion im Bundestag betont, dass sie die Bemühungen der Regierung für eine bessere Förderung der Inklusion am Arbeitsmarkt begrüßt, der ausgearbeitete Gesetzesentwurf jedoch nicht umfassend genug ist.

Endlich wurden Forderungen, welche die DIE LINKE seit Jahren erhoben hat, umgesetzt, so etwa die 4. Stufe der Ausgleichsabgabe für sog. „Null-Beschäftigte“, da seit Jahren knapp ein Viertel der Arbeitgeber überhaupt keine Menschen mit Behinderungen beschäftigen. Auch dürfen diese Mittel der Ausgleichsabgabe nur noch für Förderungen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt genutzt werden, auch dies unterstützt DIE LINKE im Bundestag.

Zur Erklärung: In Deutschland sind Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber mit mindestens 20 Arbeitsplätzen gesetzlich verpflichtet, mindestens fünf Prozent ihrer Arbeitsplätze mit schwerbehinderten oder anderen anrechnungsfähigen Menschen zu besetzen. Erfüllen sie diese Quote nicht, zahlen sie eine sogenannte Ausgleichsabgabe, die je nach Erfüllungsquote gestaffelt ist, nachzulesen ist dies in § 160 im Neunten Sozialgesetzbuch (SGB IX).

Der Sprecher für Inklusion und Teilhabe der Bundestagsfraktion, Sören Pellmann, lobt die Intentionen des Gesetzesentwurfs der Ampel-Koalition, aus linker Sicht ist die Streichung des Deckels der Lohnkostenzuschüsse beim Budget für Arbeit (§ 61 SGB IX) positiv zu werten.

Sören kritisiert jedoch die unzureichenden Maßnahmen gegen solche Arbeitgeber, die sich bewusst gegen die Eingliederung von Menschen mit Behinderung in den Arbeitsmarkt entscheiden, so ist die steuerliche Absetzbarkeit der Ausgleichsabgabe völlig unverständlich. Sören Pellmann weiter: „Leider vermissen wir Maßnahmen zur deutlich verbesserten und barrierefreien Vermittlung und Beratung von arbeitslosen Menschen mit Behinderungen, insbeson-

dere von Langzeitarbeitslosen. Dies wurde in inakzeptabler Weise völlig vergessen!“ Notwendige Änderungen und Forderungen der Linksfraktion wurden von der Ampel also nicht berücksichtigt, dennoch ist der vorgebrachte Gesetzesentwurf ein kleiner Schritt in eine inklusive Richtung, weshalb DIE LINKE dem Gesetzesentwurf letztlich auch zugestimmt hat.

Die Chance auf weitreichende soziale Verbesserungen der Betroffenen wurde jedoch vertan. Wir müssen endlich anpacken, Menschen mit Behinderungen als genauso vollwertiges Mitglied der Gesellschaft zu betrachten, wie alle anderen. Von einer vollumfänglichen Barrierefreiheit und inklusiven Lebens- und Arbeitsbedingungen profitieren alle Teile der Gesellschaft.

Foto: Team Sören Pellmann



Das Recht, nicht zu lügen – Eine Leseempfehlung?

Johanna Glameyer Um dieses Recht zu nutzen, braucht es den „Mut, nicht zu lügen“, was leichter gesagt als getan ist und „(...) in einer vielfach verlogenen Gesellschaft schwer, sehr schwer zu leben!“, so Johannes Heinrich in seiner Autobiografie. (S. 444)

Die Idee zur Autobiografie entstand 2010 durch einen Briefwechsel zwischen Johannes Heinrichs und Korai Peter Stemmann. Diese haben 2015 gemeinsam eine Publikation zum Enneagramm veröffentlicht. Vom Recht nicht zu lügen macht nun der Sozialphilosoph Prof. Dr. Johannes Heinrichs in dieser vielschichtigen Autobiographie Gebrauch.

Im Februar 2023 bei Europa Buch, Berlin erschienen, ist das 497 Seiten umfassende Werk mehr als nur der Rückblick auf ein wechsel-volles Leben. Es berührt freimütig Glaubensfragen, die Auseinandersetzung mit sexueller Orientierung, die vermeintliche Bindung an das Zölibat, das Wirken des Konkordats, Themen wie Demokratie, Finanzsystem, Kapitalismus und die Bedeutung persönlicher Integrität.

Im Gespräch mit Korai Peter Stemmann gibt Johannes Heinrichs teils brisante Einblicke in sein ordensgebundenes Leben und Studieren, in römisch-katholische Doppelmoral, die stillschweigende Toleranz homosexueller Beziehungen im Orden und weitreichende Einflussnahme kirchlicher Würdenträger in die Universitäten. Er berichtet von Seilschaften und bewusst gespannten Fallstricken für jene, die sich den Regularien katholischer Machenschaften entziehen. Neben fragwürdigen Priestern begegnen wir unlauter konkurrierenden akademischen Größen und kleinherzigen Vertretern verschiedener wissenschaftlicher Disziplinen. Dieses Buch liest sich teilweise wie ein Krimi.

Es sind die Verstrickungen von Kirche und Staat bzw. Lehre, beruhend auf den 1933 zwischen Hitler und dem „Heiligen Stuhl“ geschlossenen Verträgen, die dem Sozialphilosophen Johannes Heinrichs nach seinem Kirchenaustritt das akademische Kreuz brechen und ihn im gewollten Abseits halten. Korai Peter Stemmann konstatiert in diesem Zusammenhang „Eigentlich sollte man erwarten, dass in einem demokratischen Staat eine weltanschaulich-religiöse Neutralität des Staates gewährleistet ist, besonders an den Universitäten. Für mich war neu, dass dies in Deutschland nicht so ist.“ (S. 391) Nur einmal kann Johannes Heinrichs das akademische Aus verlassen und über Sonderwege für sieben Semester in Berlin lehren.

Johannes Heinrichs erzählt aber auch von seiner philosophischen, theologischen und spirituellen Entwicklung, seiner wis-

senschaftlichen Auseinandersetzung mit Philosophie und Philosophen, seinen vielfältigen Kontakten innerhalb und außerhalb Deutschlands, dem Entstehen und der Resonanz vieler seiner Schriften und seinen Hoffnungen hinsichtlich der gesellschaftlichen und politischen Zukunft in Deutschland.

Für mich ist diese Autobiografie lehrreich, desillusionierend und berührend. Meist beschreibt Johannes Heinrichs sein wechselvolles Leben, das Ringen um Erkenntnis und Wahrheitssuche mit ruhiger, vielleicht distanziert wirkender Nüchternheit, die manchmal poetisch durchbrochen wird.

Selten erscheint mir der Ton seiner Sprache emotional, nie bedauernd sentimental, an manchen Stellen aber bitter. Dann „menschelt“ es und ist zu spüren: Hier gibt einer mehr als nur sich zu erkennen - ungeschönt.

Vielleicht wird dem Dichter und Denker Johannes Heinrichs durch seine Autobiografie gerade noch zu Lebzeiten die ihm schon lange zustehende, leider weitgehend ausgebliebene, breite Anerkennung zuteil. Danke, Johannes Heinrichs, für den Mut und das Recht, nicht zu lügen - in meinen Augen eine Pflicht, zu lesen.



Bildrechte: Europa Verlagsgruppe

100.000 Worte

Daniel Merbitz Jubiläumsband „Poesiealbum neu“: 30 Jahre Lyrikgesellschaft

Zum 30. Geburtstag der Gesellschaft für zeitgenössische Lyrik (GZL) im Herbst 2022 ist Anfang dieses Jahres der dazugehörige große Jubiläumsband vom „Poesiealbum neu“ erschienen.

Das „Poesiealbum neu“ ist die Zeitschrift der Gesellschaft für zeitgenössische Lyrik (GZL). Der Verein hat heute 280 Mitglieder aus acht Ländern und gilt als größte Vereinigung von Lyrikerinnen und Lyrikern im deutschsprachigen Raum. Die Gesellschaft ist Mitglied der Arbeitsgemeinschaft Literarischer Gesellschaften und Gedenkstätten.

Das Erscheinungsbild der Hefte lehnt sich an die traditionsreiche Lyrikreihe „Poesiealbum“ aus dem Verlag Neues Leben Berlin an, die dieser von 1967–1990 veröffentlicht hat. Ebenfalls im Jahr 2007 erlebte diese Lyrikreihe eine zweite Wiedergeburt: im Märkischen Verlag in Wilhelmshorst mit dem Begründer der Reihe Bernd Jentzsch unter dem alten Namen „Poesiealbum“. Das „Poesiealbum neu“ knüpft konzeptionell an die Sonderhefte der DDR-Lyrikreihe an, die nicht wie die regulären Hefte einer einzelnen Autorin oder einem einzelnen Autor, sondern in anthologischer Weise der Vorstellung von Teilnehmerinnen und Teilnehmer des alljährlichen Zentralen Poetenseminars der FDJ in Schwerin gewidmet waren.

Im Vorwort beschreibt Ralph Schüller, Autor, Musiker, Maler, Sänger und Vorsitzender der Gesellschaft für zeitgenössische Lyrik, das Anliegen der Dichtkunst im Hier und Heute: „Gedichte sind in bewegten wie auch ruhigen Zeiten – allen Zeiten – der feine und bestimmte Ton, der uns und unsere Welt beschreibt und der über das Rationale hinausgehen kann und sicher auch sollte. Der Ton, der uns innehalten lässt, der uns sensibilisiert, um zu reflektieren, zu denken, zu entscheiden. Gedichte sind ein Luxus und eine Notwendigkeit – ohne sie wären wir stiller, unwissender, unbeschreibbarer, ärmer. Die Gesellschaft für zeitgenössische Lyrik freut sich in ihrem 30. Jahr, dass sich einige ihrer Mitglieder hier in diesem Buch versammelt haben, um jene, unsere Welt liebevoll eindrücklich verdichtet einzufangen.“

Zahlreiche Autorinnen und Autoren haben ihre besten Gedichte für den Jubiläumsband bereitgestellt: u.a. Esther Ackermann, Eva-Maria Berg, K.U. Robert Berrer, Franziska Beyer-Lallauret, Ulrike Diez, Róża Domaścyna, Ralph Grüneberger, Stefan Kabisch, Andreas Köllner, Grit Kurth, Eva Lübbecke, Wolfgang Mayer König, Renate Maria Riehemann, Sabine van de Sandt, Dirk Seeger, Nadine Maria Schmidt, Ralph Schüller, Tarik Shah, Joanna W. Stein, Ute Zimmermann.

Eine Besonderheit dieser Ausgabe ist es, dass zahlreiche Gedichte mit Fotografien, Grafiken und Gemälden illustriert sind.

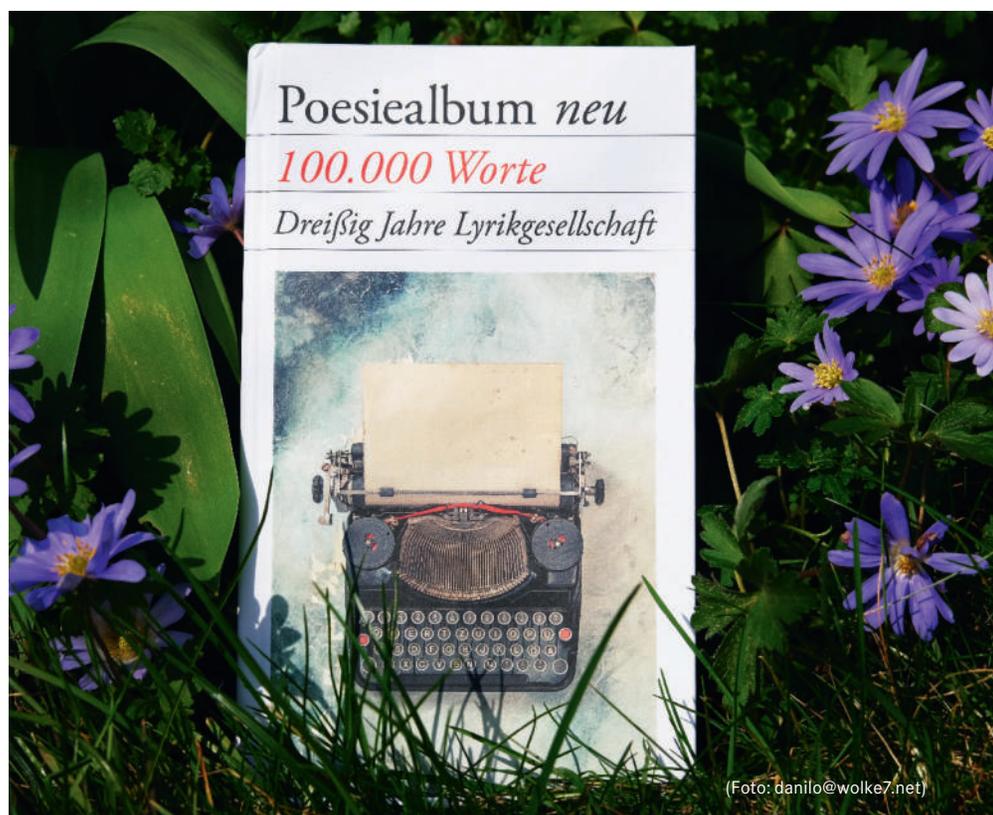
Es ist geradezu ein Wunder und dem Engagement des vormaligen und aktuellen Vorstandes der Gesellschaft für zeitgenössische Lyrik zu verdanken, dass die Zeitschrift immer noch besteht. Ralph Grüneberger, Vorsitzender von 1996 bis 2021 und Ehrenvorsitzender, hatte die Nöte schon zum Ende seiner Amtszeit so zusammengefasst: „Ich beende nach 15 Jahren die Herausgabe des ‚Poesiealbum neu‘. Die Zeitschrift in ihrer jetzigen Form schließt mit dieser Ausgabe und hinterlässt einen reichen Fundus aus lesenswerter Lyrik [...] Allein Selbstaubeutung hat die Zeitschrift in ihrer Existenz so stabil werden lassen. [...] Ich habe es schon oft beklagt und spreche es an dieser Stelle ein letztes Mal aus, dass unsere Zeitschrift nicht zu denen gehörte, die von der Kulturstiftung des Freistaates Sachsen Förderung für Redaktion, Herstellung und Honorare erfahren haben, obgleich diese – im Gegensatz zu all den seit Jahrzehnten geförderten literarischen Journalen – mit ihrer Fokussierung auf das zeitgenössische Gedicht zu den am wenigsten verkäuflichen Printmedien zählte. Schwerer aber als die Nicht-Förderung und Nicht-Würdigung durch die Entscheidungsträger der Kulturstiftung Sachsen wiegt für mich die völlige Missachtung unserer auf vielfältige Weise erbrachten Leistung durch

die Verantwortlichen in den (Groß-)Stadt- und Universitätsbibliotheken im deutschen Sprachraum.“

Es ist tröstlich und eine große Leistung der Gesellschaft für zeitgenössische Lyrik, dass die gedruckte Zeitschrift vorerst weiter besteht. Die Kulturförderung in der BRD, in Sachsen und in Leipzig sollte ihr Augenmerk auf dieses besondere Projekt richten, welches bislang im Gegensatz zu anderen Literaturzeitschriften finanziell stiefmütterlich behandelt wird. Dies ist schade, da diese Zeitschrift eine der wenigen Akteurinnen und Akteure im gesamtdeutschen Literaturbetrieb ist, die der literarischen Tradition Ostdeutschlands entspringt (und hier in Leipzig, der einstigen Hochburg der Verlage und Buchhändler, herausgegeben wird) und heute eine nicht zu unterschätzende Rolle in der deutschsprachigen Lyrikwelt und im europäischen Verständigungsprozess spielt, denn sie ist eine grenzüberschreitende Plattform von Autorinnen und Autoren.

① „Poesiealbum neu. 100.000 Worte. Dreißig Jahre Lyrikgesellschaft“, Ausgabe 1/2022, Edition Kunst & Dichtung, Zeitschrift der Gesellschaft für zeitgenössische Lyrik e.V., Leipzig, 2022, 224 Seiten, teils illustriert, Hardcover, 18,- Euro

Bestellungen per E-Mail an kontakt@lyrikgesellschaft.de oder im Onlineshop www.lyrikgesellschaft.de



(Foto: danilo@wolke7.net)

Archive für Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit

Prof. Dr. Kurt Schneider Das wiederum reichhaltige Expl. 63/2023 der „Mitteilungen“ des Förderkreises Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung e.V. enthält anfangs neue Informationen über Archive und Stiftungen, die nach dem couragierten antifaschistischen Menschenrechtler *Fritz Bauer* und dem verdienstvollen IG-Metall-Funktionär *Otto Brenner* benannt sind.

Das *Fritz Bauer Archiv* ist wie die gleichnamige Bibliothek Teil des 2020 gegründeten Großprojekts *Fritz Bauer Forum*, geplant als internationaler Ort für Forschung, Bildung, Kunst und Austausch in der Ruhrmetropole Bochum, dessen gemeinnütziger Träger die BUXUS STIFTUNG gGmbH ist. Das Forum macht es sich zur Aufgabe, wie Jennifer Haas schreibt, „durch Dialog, Kunst und mediale Vermittlung das mutige, oft risikoreiche ‚Nein‘ zu Unrecht in unserer Geschichte und zu den Menschenrechtsverletzungen in unserer Zeit weltweit zu erzählen, zu erforschen, zu bestärken und weiterzutragen.“ Gemäß diesem Anliegen ist das Herzstück seines Archivs die Sammlung zum Namengeber, dem Juristen und Holocaust-Überlebenden Fritz Bauer (1903-1968), dessen wichtigsten biografischen Daten vermittelt werden. Sie beinhaltet Bauers Werke, Dokumente zu seinen zahlreichen Prozessen, biografische Unterlagen, Fotos, Briefe und Zeitungsausschnitte. „Besonders in Erinnerung bleibt“, hebt der Autor hervor, „Fritz Bauers Einsatz für die Aufarbeitung und Strafverfolgung von Verbrechen in der NS-Zeit und sein Einsatz für eine grundlegende Reform des Strafrechts.“ Im Laufe der Zeit soll das Archiv durch Materialien zum Widerstand als Geschichte des Kampfes von Gruppen, Individuen und Bewegungen um die Menschenrechte ergänzt werden. Anfragen und Hinweise zu möglichen Sammlungen sind erwünscht.

Die *Otto-Brenner-Stiftung*, gegründet 1972 nach dem plötzlichen Tod ihres Namensgebers, des damaligen 1. Vorsitzenden der IG-Metall der BRD, ist die Wissenschaftsstiftung der IG-Metall. Sie ist, wie Benedikt Linden betont, als gewerkschaftliche Forschungseinrichtung dem Ziel der sozialen Gerechtigkeit und der Demokratisierung der Gesellschaft verpflichtet. „Sie initiiert gesellschaftliche Dialoge durch die Förderung wissenschaftlicher Studien, die Ausrichtung von Workshops und Veranstaltungen und die jährliche Auslobung des „Otto Brenner Preises für kritischen Journalismus“, einer der profiliertesten Journalistenpreise im deutschsprachigen Raum. Ebenso werden Themen über Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland aufgegriffen. Derzeitige Publikationen untersuchen u. a., die Qualität der Bericht-

erstattung über den Ukrainekrieg und die Leipziger Autoritarismus Studie 2022. Alle Publikationen können kostenlos bestellt werden bei www.otto-brenner-stiftung.de/wissenschaftsportal/publikationen/anzahl/20/.

Des Weiteren ergänzen ausführliche Vorbemerkungen einem Nachdruck des nd-Artikels „Ein Retter in Not“ (23.01.2023) über das in Berlin-Marzahn ansässige „Zeitgeschichtliche Archiv (ZGA)“, welches mit seinem einzigartigen Bestand von mehr als 27 Millionen Zeitungsartikeln im wahren Sinne des Wortes um sein Überleben kämpfte. Der bevorstehende Abriss des Hallengebäudes, dem Sitz des ZGA, erfordert einen räumlichen Umzug, der bei seiner Größe bisherige ins Auge gefassten Objekte scheitern ließ.

Dem folgt ein Interview mit Thilo Scholle, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirates seit dessen Gründung im Mai 2019, zu derzeitigen und künftigen Anforderungen an die „Mitteilungen“. Im Weiteren informiert eine faktenreiche von Trille Schünke verfasste Miscelle über das eindrucksvolle Jahrhundertleben der Sozialdemokratin und Bibliothekarin Elli Erna Martha Fuchs (1912-2012), die ihr Leben den Büchern gewidmet und sowohl das Frauenzuchthaus Cottbus als auch das Konzentrationslager Ravensbrück überlebt hatte. Obwohl sie 100 Jahre alt wurde, ist sie nie als Zeitzugin zu ihren Erlebnissen befragt worden. Vermutlich aus Unkenntnis, dass sie noch lebte, wurde ohne sie 2010 in Berlin-Neukölln eine Leihbibliothek nach ihr benannt.

Von besonderem Interesse ist ein im Zentrum des Heftes 63/2023 stehendes Schlüsseldokument an der Schwelle zum Berliner Mauerbau 1961, vorgelegt und sachkundig kommentiert von Siegfried Prokop. Es handelt sich hierbei um den Brief Walter Ulbrichts an Nikita Chruschtschow vom 4. August 1961, versehen mit einem 10-seitigen Informationsmaterial über die Ursachen der gravierenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten der DDR. Zuvor hatte Chruschtschow Ulbricht, über seine alleinige Entscheidung „Bau der Mauer mitten durch Berlin“ informiert. Damit war die bis dahin gemeinsam ins Auge gefasste andersartige Lösung der Krisensituation endgültig vom Tisch. Festzustellen bleibt, dass die „Notfallplanung für Berlin“ unter dem Codewort „LIVE OAK“ auch heute noch nicht der Forschung zur Verfügung steht.

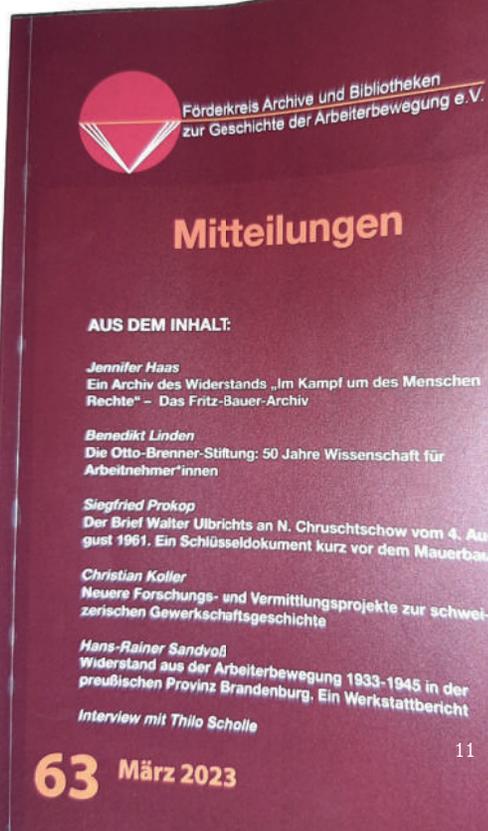
Weitere Beiträge informieren über stattgefundenen Konferenzen in Zürich (14.-17.09.2022) zu Fragen der internationalen Gewerkschaftsgeschichte in Linz (22.-24.09.2022) zu politischer Arbeit in

Zeiten der Katastrophen und im Berliner Afrikahaus am 28. November 2022 zu 125 Jahre deutscher Kolonialpolitik aus Sicht der Betroffenen und die Haltung der Linken damals und heute. Ein Werkstattbericht, verfasst von Hans-Rainer Sandvoß, enthält Angaben zum Widerstand aus der Arbeiterbewegung 1933-1945 in der preußischen Provinz Brandenburg. Der mit Anmerkungen versehene Vortrag von Christoph Stamm, gehalten auf der Jahresversammlung des Förderkreises am 10. September 2020, behandelt das Tauziehen um die SED-Akten und die Auseinandersetzungen um das Zentrale Parteiarchiv nach 1990, deren Kernfrage es war, in welcher Form die Aktenbestände der Parteien und Massenorganisationen der DDR gesichert und für die Forschung nutzbar gemacht werden könnten.

Das Protokoll der 31. Jahresversammlung des Förderkreises am 10. September 2022, der Geschäftsbericht für das Vereinsjahr 2022 und die Einladung zur Mitgliederversammlung am 6. Mai 2023 geben Einblick in das vielfältige Vereinsleben des Förderkreises. Gleiches gilt auch über das zur Kenntnis gebrachte Rundschreiben 2022 der 1980 in Tokio gegründeten Internationalen Rosa-Luxemburg-Gesellschaft.

Das überaus inhaltsreiche Heft schließt ab mit 18 Seiten Buchbesprechungen und Literaturhinweisen zu 2022 erschienene Literatur.

① *Mitteilungen des Förderkreises Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung e.V.*, Heft 3/2023. 118 Seiten. Schutzgebühr 3 Euro, zuzüglich Versandgebühr.



Ein Historiker der revolutionären Träume: Manfred Kossok (1930–1993) – Teil 2

Christian Hofmann *Manfred Kossok zählte zu den intellektuellen Wegbereitern der PDS. Bis zu seinem frühen Tod engagierte er sich in Wort und Schrift für eine moderne Linke. Christian Hofmanns Rekonstruktion von Kossoks revolutionstheoretischem Denken liefert wichtige Anhaltspunkte für die politische Bildung. Nicht zuletzt deshalb drucken wir dessen Essay aus dem „Jacobin Magazin“ vom 23. Februar 2023 in zwei Teilen, in der April- und der Mai-Ausgabe des Mitteilungsblattes nach. Für die Erlaubnis zum Nachdruck danken wir „Jacobin“ – die Red. Anmerkung zum Text: Fast alle Kossok-Zitate aus der Zeit vor 1990 stammen aus „Revolutionen der Weltgeschichte“, alle Zitate aus dem Zeitraum 1990–1993 sind aus „Sozialismus an der Peripherie“ entnommen.*

Die Tragik des deformierten Sozialismus
Für jemanden, der sich Zeit seines Lebens wissenschaftlich mit Revolutionen beschäftigte, muss es wohl eine merkwürdige Erfahrung gewesen sein, sich plötzlich inmitten einer solchen wiederzufinden. Kossok scheint das Ende der DDR mit gemischten Gefühlen miterlebt zu haben: „Das Ergebnis von 1989 steht fest: Die Revolution hatte die richtigen Verlierer, aber auch die falschen Gewinner.“ Für Kossok stand fest: „Nie vor der neuzeitlichen Geschichte sind eine Idee und eine Bewegung, die auf die Befreiung des Menschen ausgerichtet waren, bei dem Versuch der gesellschaftlichen Verwirklichung so nachhaltig, so tragisch und zugleich so jämmerlich unheroisch gescheitert.“ Wichtig für die Analyse des „deformierten Sozialismus“ waren ihm zunächst dessen gesellschaftliche Voraussetzungen, die er für die bürgerlichen Revolutionen ausgiebig als „Beziehung von Kontinuität und Bruch“ beschrieben hatte. „Keine Revolution, auch nicht die radikalste, setzt eine Stunde Null in der Geschichte.“ Die „Universalisierung von Geschichte“ fand bekanntlich unter europäischer Hegemonie statt und bestehende Entwicklungsunterschiede institutionalisierten sich dabei zu „permanenter Unterentwicklung“. Der gemeinsame Nenner der erfolgreichen Revolutionen des 20. Jahrhunderts war, dass keine von ihnen in den Zentren der kapitalistischen Produktionsweise stattgefunden hatte, vielmehr waren sie „peripheren Charakters“. Das Revolutionsjahr 1989 musste man deshalb von 1917 aus denken – das kurze 20. Jahrhundert war der „Aufstand der Peripherie gegen das Zentrum“.

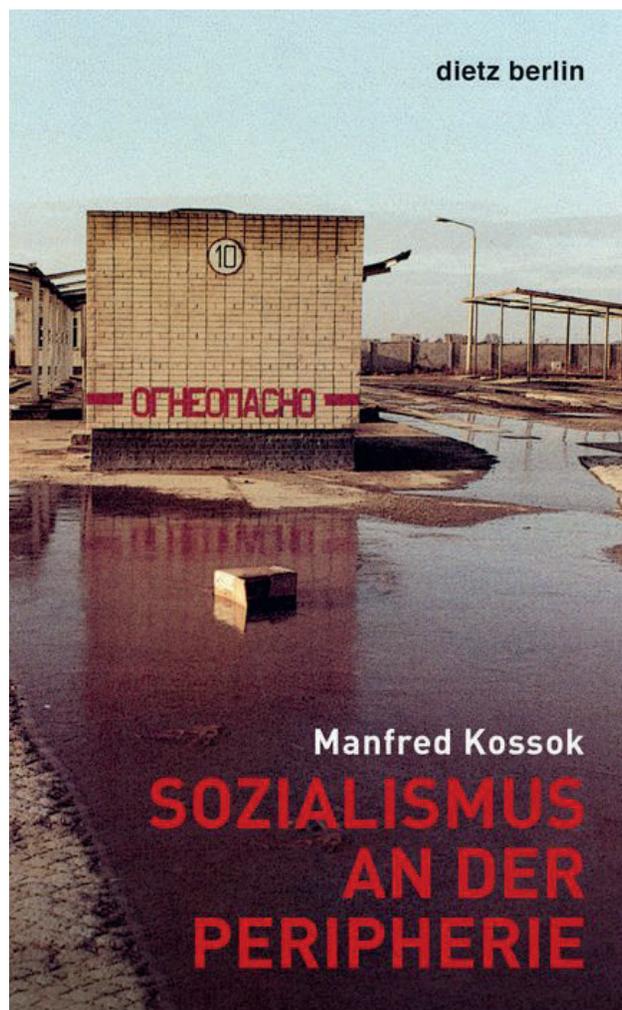
Folgende Merkmale schreibt Kossok den peripheren Revolutionen zu: Erstens ihre geographisch-strukturelle Lage „im System der internationalen Arbeitsteilung“, also in der „Sub- oder Halbperipherie“ des globalen Hegemonialsystems. Zweitens den Charakter von „Nachholrevolutionen“, die den „Anschluss an die westlich-europäische Entwicklung“ versuchten. Zum dritten brachte keine von ihnen „eine Revolutionierung der Produktivkräfte“ hervor. Unter staatlicher Verwaltung wurden diese lediglich quantitativ ausgebaut beziehungsweise überhaupt erst geschaffen, womit der Staatssozialismus als „Entwicklungsdiktatur“ in Erscheinung trat, um eine verspätete „traditionelle Modernisierung“ zu vollziehen. Viertens folgte hieraus, dass der gesamte Staatssozialismus ein „bemerkenswertes Demokratiedefizit“ aufwies. Die außerökonomische Gewalt prägte das politische System und die gesellschaftlichen Beziehungen durch und durch.

Das „historische Kernproblem“ sah Kossok in der Tatsache, „dass keines der sozialistischen Länder die Phase des Citoyen, das

heißt der erfolgreichen bürgerlichen Revolution, mit einem zumindest zeitweilig und partiell realisierten Emanzipationsanspruch durchlaufen hat“. Anders ausgedrückt: „Es gehört zur Tragik des deformierten Sozialismus, dass er das in den Traditionen von 1789, 1793 und 1848 begründete universale und allgemeinemenschliche Wertesystem nicht aufnahm, um ihm eine neue historische Dimension im Sinne der Mehrheit zu geben. [...] Diesen Anspruch, eine Demokratie zu verkörpern, die die bürgerliche Demokratie nicht beseitigte, sondern im Sinne Hegels aufhob und erweiterte, hat der Sozialismus bis heute nicht erfüllt“.

Dieses Spannungsverhältnis von Kontinuität und Bruch führte im Falle Russlands dazu, dass sich der „feudale russische Gospodin [Herr] in den diktatorisch geführten Genossen verwandelte“. Dies prägte auch die Staaten und Gesellschaften Mittel- und Osteuropas deutlich, denen der Staatssozialismus nach dem Zweiten Weltkrieg oktroyiert wurde. Auch wenn die Oktoberrevolution zur Leitrevolution des 20. Jahrhunderts wurde, gelang es ihr nicht, „ins Zentrum des bürgerlichen Kosmos vorzustoßen“. Sie erschütterte durchaus auch die Zentren und „revolutionierte die politische Weltkarte“. Trotzdem blieb die „sozialistische Revolution“ ein „peripheres Phänomen“, im „Gegensatz zum Anspruch der Oktoberrevolution als Ausgangspunkt der Weltrevolution“. Dieser Anspruch entpuppt sich heute mehr und mehr als Tragödie, führte er doch dazu, dass die Wörter Sozialismus und Kommunismus noch immer „in der Substanz diskreditiert“ sind. Dies erinnert an Rosa Luxemburg, die bereits 1917 ihre Kritik an den Bolschewiki darauf zuspitzte, dass diese aus ihrer Not eine Tugend machten, und ihre von den Bedingungen aufgezwungene Taktik zur allgemeingültigen Theorie erhoben.

Was Luxemburg bereits 1917 bemängelte, blieb, in den Worten Kossoks, „situationsbestimmend“. Die „Gewalt wurde nicht nur der «Geburtshelfer» (Marx) der neuen Gesellschaft, sie blieb ihre entscheidende Stütze“. Trotz aller wirtschaftlichen Erfolge und beeindruckenden Wachstumsraten blieb der Staatssozialismus unfähig, dass „allgemeinemenschliche Demokratie- und Wertesystem“ aufzunehmen, geschweige denn ihm „eine neue historisch-soziale Dimension im Interesse der Mehrheit zu geben“.



Bildquelle: Karl Dietz Verlag Berlin, Manfred Kossok, *Sozialismus an der Peripherie*, Veröffentlichung: 16. März 2016

– entgegen seines postulierten Anspruchs. Einmal mehr deutlich wurde dies in der Revolution von 1968 – der weltweiten Forderung nach mehr Freiheit und Selbstbestimmung. Gelang es der kapitalistischen Produktionsweise, diese Forderungen zu integrieren und sogar produktiv zu verwerten, reagierten die Machthaber des Staatssozialismus hingegen einmal mehr mit bloßer Repression.

„Auf jeden Fall bewies der «parasitäre Kapitalismus» eine für den dogmatischen Marxismus unbegreifbare Reaktionsfähigkeit.“ Für Kossok war es kein Zufall, dass es dem Staatssozialismus nicht gelang, „die wissenschaftlich-technische Revolution der siebziger und achtziger Jahre zu meistern“. Spätestens damit aber schlitterte der „deformierte Sozialismus“ in die offene Krise. „Die für das bisherige Systemverständnis verwendeten Begriffe «Kommandosozialismus» oder «Stalinismus» beschreiben die Symptome, ohne die tieferen Ursachen des Scheiterns vor der Geschichte freizulegen.“ Was 1917 als „eine neue Epoche der Menschheitsgeschichte“ beginnen sollte, kam bereits wenige Jahrzehnte später an sein Ende.

Der Revolution zugewandt

Mit dem Ende der DDR wurde auch das Ende der vergleichenden Revolutionsforschung in Leipzig eingeleitet. Kossoks Institut wurde „abgewickelt“. Daran änderten auch die zahlreichen Protestbriefe aus dem In- und Ausland nichts. Lediglich seine Vorlesungen durfte er als Resultat der Proteste weiter halten, was von den Studierenden mehr denn je honoriert wurde. „Nicht die Anerkennung der Tatsache, dass das historische Schicksal der DDR besiegelt war [...] sondern die Art und die Folgen des Anschlusses machen das Problem aus“, kritisierte Kossok den Umgang mit dem Vermächtnis des deutschen Staatssozialismus. Dass Kossok einem kritisch-emanzipatorischem Marxverständnis verpflichtet gewesen war, nützte ihm in der Abwicklungsorgie der Wendejahre ebenso wenig, wie eine positive Evaluation seiner Arbeit durch den Wissenschaftsrat.

So bitter die Abrechnungen und Ausgrenzungen im Wissenschaftsbetrieb nach 1989 für ihn persönlich auch gewesen sein müssen, so sehr gewinnen seine Schriften und Arbeiten nach dem Ende der DDR noch einmal an Qualität. Das marxistisch-leninistische Dogmensystem hatte er zwar durch seine kreative Methode durchaus von innen ausgehöhlt und sich immer wieder bis an seine Grenzen vorgetastet, aber bis 1989 letztlich doch nie verlassen.

Nach der Wende schrieb er entschieden freier. Dies betrifft vor allem die bereits zitierten Überlegungen zu peripheren Revolutionen ebenso wie seine Veröffentlichungen 1992, zum 500. Jahrestag des „Entdeckungsjahres“ Amerikas. Dabei stellte er die Frage nach der Parallelität und Verknüpfung his-

torischer Entwicklungen in den Vordergrund und weigerte sich, das Jahr 1492 bloß als „Columbusjahr“ anzusehen. Auch seine selbstkritischen Gedanken über die eigene Rolle im DDR-Staat – das „Gehäuse der selbstverschuldeten Unmündigkeit“ – sowie überhaupt seine kritischen Gedanken zu den Entwicklungen im wiedervereinigten Deutschland verdienen eine erneute Rezeption.

Es ist beachtlich, was Kossok in der kurzen Zeit, die ihm nach der Wende noch verblieb, zustande brachte. Als die DDR als Staat ihr Ende fand, war Kossok bereits schwer erkrankt. Er verstarb mit nur 62 Jahren im Februar 1993. Während man die meisten von Kossoks Schriften heute nur noch in Bibliotheken und Antiquariaten findet – dies gilt leider selbst für die im Jahr 2000 vom Leipziger Universitätsverlag aufgelegten *Ausgewählten Schriften* in drei Bänden – liegt seit 2016 ein kleines Büchlein mit dem Titel *Sozialismus an der Peripherie* vor, in dem seine späten Schriften zusammengestellt und hervorragend kontextualisiert wurden.

Politisch ist es Kossok hoch anzurechnen, dass er sich vom Zeitgeist der frühen 1990er Jahre nicht aus der Fassung bringen ließ. Für diesen hatte er nur Spott übrig: „Ende des Sozialismus, Ende des Marxismus, Ende der Utopie, Ende der Revolution“ und, nicht zu vergessen, „das Ende aller Enden – das Ende der Geschichte“. Entgegen diesem Unfug war ihm klar, dass das Ende des Ost-West-Konfliktes „die existenziellen Probleme der Menschheit nicht nur nicht gelöst“ habe, sondern „erst in ihrer vollen Schärfe hervortreten“ lasse.

Kossok verstand, dass die damals erst anrollende neue Welle der Globalisierung die vorhandenen Probleme der Menschheit verschlimmern würde: die sozialen Zerrwürfnisse – gerade in globaler Perspektive betrachtet – wie auch, ganz besonders, die ökologischen Verwüstungen. Zu denken gab ihm der Club of Rome, der bereits 1972 auf die *Grenzen des Wachstums* verwiesen hatte und zwanzig Jahre später unter den Titel *The First Global Revolution* nachlegte. „Während also die Revolution aus tradiertem alternativem Denken verschwindet, ist es der Club of Rome, der seine Weltanalyse von 1992 unter das Thema Global Revolution stellt und damit den Weg skizziert, der für eine Bewältigung der allgemeinen Zivilisationskrise eingeschlagen werden muss.“

Folgende Zeilen aus einer seiner letzten Schriften lesen sich geradezu wie ein Vermächtnis und sollten uns heute nur allzu bekannt vorkommen: „Der sich global abzeichnende Zwang der Umstände zeigt an, dass die Menschheit ohne Umkehr keine Überlebenschance mehr hat. Unsere bisherigen Vorstellungen von Fortschritt und Wohlstand haben ausgedient.“ Dass Kossok

den sich global abzeichnenden ökologischen Zwängen nicht durch moralische Predigten von Verzicht beikommen wollte, sollte sich von selbst verstehen.

Die Aufgaben, die vor uns liegen, sind von so gewaltigem Ausmaß, dass sie sich durch individuelle Verhaltensänderungen oder zaghafte, graduelle Reformen nicht lösen lassen werden. Doch auch die Revolutionen sollte man sich Kossok zufolge nicht als Staatsstreich, mit dem plötzlich alle Widersprüche einfach verschwinden, vorstellen, sondern als revolutionäre Epochen. „So bilden Revolutionen ein immenses soziales Laboratorium: Alte Gesellschaftssysteme versinken, ihre tragenden Klassen teilen dasselbe Schicksal oder durchlaufen eine radikale Metamorphose.“ Bescheidenheit ist hier fehl am Platz. Es braucht revolutionäre Träume, Ideen und Visionen von einer anderen Zukunft. „Nur der utopische Überschuss, der visionäre Anspruch, ein Stück Zukunft in die Gegenwart zu holen, gebiert überhaupt historische Bewegung.“

Im Epilog der *Revolutionen der Weltgeschichte* schreibt Kossok hierzu: „Sich der Revolution zuzuwenden bedeutet, am Zeitgeschehen weder vorbeigehen noch vorbeidenken zu können. [...] Revolutionsgeschichte entspricht dem eigentlichen Anliegen historischen Denkens: Mit der Frage nach dem Woher und Wofür auch die des Wohin zu beantworten, Geschichte in Gegenwart zu sehen, Gegenwart als Geschichte nach- und vorzudenken.“ Sein Werk kann uns heute bei der Wiederentdeckung dieses Bewusstseins helfen.



Manfred Kossok während einer Buchpremiere mit Christina Müller, Edition Leipzig, am 9. April 1992 in der Moritzbastei (In memoriam Manfred Kossok. Leipzig 2000. S. 43)

Olympiabewerbung diente Freundschaft und Stadtentwicklung

Siegfried Schlegel Zu keinem Zeitpunkt war und ist es auch heute müßig, darüber zu debattieren, ob vor 20 Jahren die Leipziger Olympiabewerbung für 2012 angesichts des Erreichten Leipzigs Entwicklung geholfen oder überfordert hätte. War es doch einst das IOC selbst, das angesichts der Olympiaboykotte 1980 in Moskau und 1984 San Francisco und der Gefahr einer Implosion der Olympischen Bewegung vorschlug, dass sich die DDR mit Leipzig für die Ausrichtung Olympischer Spiele bewirbt. Das IOC verwies auf die zweimal jährlich stattfindenden internationalen Messen im wichtigen Zentrum des Ost-West-Handels und die aller 5 Jahre organisierten DDR-Turn- und Sportfeste mit tausenden Teilnehmern und hunderttausenden Besuchern. Auch gab es zahlreiche Sportstätten als Trainings- und Forschungsstätten für verschiedene Sportarten für die DHFK und das Forschungszentrum für Körperkultur und Sport und Sportclubs. Deshalb wurden auch die Stadtentwicklung und die Infrastruktur einschließlich des Verkehrs mit dem ÖPNV seit Jahrzehnten international und strategisch gedacht. Ost- und westdeutsche Fachleute sowie Kommunalpolitiker planten in den 2000er Jahren gemeinsam für Olympische Spiele, wobei Nachhaltigkeit eine große Rolle spielte. Als ehemaliger Kommunalpolitiker und Juror in Preisgerichten für die Leipziger Olympiaplanungen für 2012 kann ich deshalb den kürzlich in der LVZ abgedruckten Feststellungen von Wolfgang Tiefensee, Dr. Engelbert Lütke-Daldrup und Dirk Thärichen nur beipflichten, auch was die Unterstützung der Menschen in der Stadt und der Region angeht. Als BRD-Bewerber erhielt Leipzig im IOC nicht den Zuschlag für die Olympischen Spiele 2012. Das lag aber nicht an der Qualität der Bewerbung oder den Olympiaplanungen. Statt Leipzig erhielt London als Millionenmetropole den Zuschlag für die Olympischen Spiele, die 2012 für Europa vorgesehen waren.

Leipzig konnte unmittelbar und vor allem nachhaltig von der Olympiabewerbung mit

seinen Planungen bis heute profitieren und wird dies auch in Zukunft können. Für Leipzig sprach auch der seit Ende der 1980er Jahre im Ausbau befindliche Flughafen Leipzig-Halle mit 24-Stunden-Betrieb. Wirtschaft und Touristik schätzen den Flughafen mit zwei Start- bzw. Landebahnen im 24-Stunden-Betrieb, auch wenn dadurch betroffene Anwohner darunter leiden. Der Hauptbahnhof ist einer der wichtigsten Eisenbahnknotenpunkte in Mitteleuropa. Trotz dem Olympia-Aus wurden die Planungen für mehrere Stadtquartiere und Projekte über die Olympiäförderer finanziert. Mehrere Projekte erhielten beim Bau durch direkte finanzielle Förderung den nötigen Schub für die Realisierung, wie der seit Jahrzehnten vorgesehene Eisenbahntunnel unter der Innenstadt oder eine für internationale Leichtathletik-Hallenwettbewerbe konzipierte Arena-Halle, die in der Nachbarschaft der Fußball-Arena errichtet wurde. Ob der Größe hat sie deshalb auch für Kulturveranstaltungen überregionale Bedeutung, obwohl die Abmessungen an der Durchführung von Leichtathletik-Hallenmeisterschaften mit einigen tausend Zuschauern bestimmt wurden.

Im Zusammenhang mit der Bewerbung Deutschlands als Ausrichter einer Fußball-Weltmeisterschaft wurden bereits 2000 die Weichen für die Erneuerung des ehemaligen Zentralstadions als Fußballstadion gestellt - der heutigen Red-Bull-Arena. Für den Olympiapark östlich und westlich des optional für Ruderwettkämpfe vorgesehenen Elsterflutbettes wäre auch ein neues Olympiastadion mit temporären Tribünen am Cottaweg sowie eine Halle für die Olympiaschwimmwettkämpfe und späterer dauerhafte Nutzung für Leichtathletik gebaut worden. Der Schützenhof sollte für Schießwettbewerbe modernisiert werden. Das als Olympisches Dorf und anschließend als Wohnquartier geplante Areal auf der Ostseite des „Lindenauer Hafens“ hat inzwischen Gestalt angenommen. Am Konzept eines Grünzugs im westlichen Teil des Olympischen Dorfs,

der im Falle der Spiele nur temporär bebaut worden wäre, wird bisher festgehalten. Auf dem historischen Gelände der Technischen Messe in der Nähe des Völkerschlachtdenkmal wurden mehr Messehallen erhalten, als ursprünglich vorgesehen war, weil sich in den zurückliegenden Jahren verschiedene Nachnutzungen gefunden haben. Die Alte Messe entwickelt sich nunmehr als ein Stadtquartier, das großflächige Zentrumsnutzungen aufnimmt, wofür das historische Stadtzentrum zu klein ist. Die Hallen der Neuen Messe im Norden werden wie geplant seit 1996 für Messen, Ausstellungen oder Kongresse genutzt. Beide Standorte mit guter ÖPNV-Anbindung wären für Olympiahallenwettbewerbe genutzt worden. Die gefluteten Braunkohlentagebaue südlich von Leipzig - das Neuseenland - waren auch für einige Wassersportarten für Olympia konzipiert. Hafenanlagen und die Wildwasserrennstrecke am Markkleeberger See sind seit Jahren auch für den Freizeitsport in Betrieb. Mit Fördermitteln der Olympiabewerbung wurden das markante 90 m hohe und 1971 übergebene Wohnhochhaus Wintergartenstraße sowie Wohngebäude aus den 1950er Jahren im Ranstädter Steinweg (früher Jahnallee) saniert. Diese sollten neben Hotels und Internaten in Leipzig und Halle als Olympia-Beherbergungsstätten genutzt werden. Dafür sollten auch leer stehende Wohngebäude saniert werden. Wegen der kurzen Entfernungen waren auch Hotels in Halle und anderen verkehrlich gut erschlossenen Städten im Gespräch.

Städtebauliche Vorplanungen gab es für die Standorte des Presse- und TV-Zentrums auf dem Wilhelm-Leuschner-Platz und östlich des Hauptbahnhofs. Tenniswettbewerbe sollten auf dem Agra-Gelände, Segelwettbewerbe in Rostock und Reitwettbewerbe in Moritzburg bei Dresden stattfinden. Die bei der Olympiaplanung erarbeiteten strategischen Ziele der Stadtentwicklung flossen in das später beschlossene „Planwerk Leipzig 2030“ ein.



Fotos: Siegfried Schlegel

Foto: Johannes Schmidt, ZKM



Foto: Birthe Kleemann

3 Bilder aus dem April:

Bild links oben: Am Mittwoch, dem 26. April, fand die gut besuchte Veranstaltung „Wie geht's weiter hinterm Bayerischen Bahnhof?“ unserer Stadtratsfraktion im Jugendclub Messemagistrale statt. Dort wurde u. a. über die Bebauung auf dem Gebiet hinter dem Bayerischen Bahnhof informiert und diskutiert. Um dies allen bekannt zu machen und uns fit zu halten, haben wir mal wieder Plakatieren geübt.

Bild rechts oben: Nach sieben starken Jahren im Amt als Leipzigs Kulturbürgermeisterin wurde Skadi Jennicke am 19. April im Stadtrat wiedergewählt. Selbst die LVZ stellte fest: „Nach sieben Jahren ist zu konstatieren: Die Leipziger Kultur ist gut in Schuss. Was keine Selbstverständlichkeit ist im Angesicht einer Pandemie, die der gesamten Szene das Wasser über mehr als zwei Jahre bis zum Hals steigen ließ.“ Wir wünschen ihr für die kommenden sieben Jahre weiterhin viel Erfolg!

Bild rechts unten: Die neue Leipzig Konkret ist da! Unsere Stadtzeitung bietet Einblick in unsere aktuelle politische Arbeit verschiedener Ebenen, jenseits von Wahlkampf und Veranstaltungen. In der aktuellen Ausgabe finden sich Artikel und Positionen einer Vielzahl von PolitikerInnen unserer Partei wieder. 50.000-fach gedruckt und bald auch in deinem Briefkasten.



Foto: Kay Kameith

Gedanken ... zum Umbau zweier KFZ-Fahrestreifen in einen Fahrradstreifen und eine Einfädelspur

Tara Frauendorf Ich fahre selbst regelmäßig mit dem Rad am Bahnhof vorbei. Ich empfinde die vorherige Situation als nicht zufriedenstellend. Weiter begrüße ich prinzipiell alle Entscheidungen, die den Radverkehr gegenüber dem Autoverkehr stärken. Wenn der Autoverkehr in der Innenstadt nicht mehr funktioniert, werde ich das als

Fortschritt, denn so werden Menschen gezwungen, nicht länger Auto zu fahren, wo es nicht nötig ist.

Ich verstehe nicht, warum man eine so mutige Maßnahme nicht wenigstens ausprobieren möchte.



Foto: Johannes Schmidt

kurz & knackig

Redaktion Kurze Notizen aus der Partei

■ **AG Tag im Liebknecht-Haus:** Nach dem erfolgreichen IG/AG Tag im letzten Jahr sind wir aktuell dabei, ähnliches auch für 2023 vorzubereiten. Als Termin wurde dafür der 1. Juli 2023, ab 14:00 Uhr, im Liebknecht-Haus, Braustraße 15, gewählt. Dort haben alle Arbeitsgemeinschaften unserer Partei die Möglichkeit, ihr Wirken in seinen unterschiedlichen Facetten zu präsentieren und über aktuelle Vorhaben zu informieren. Neben der politischen Debatte wird auch für das leibliche Wohl gesorgt sein. So gibt es nachmittags Kaffee und Kuchen und am Abend frisch Gezapftes oder Gegrilltes sowie musikalische Umrahmung. Einige AGs haben dazu bereits ihre Bereitschaft bekundet. Wenn du selber in einer AG bist oder du dir persönlich vorstellen kannst, an diesem Tage mitzuwirken, dann melde Dich bitte unter vorstand@die-linke-in-leipzig.de



Lesung: Raúl Castro

Wann: Di., 23. Mai 2023, 18:00 Uhr

Wo: Volkssolidarität, Kieler Str. 63 - 65

Die erste deutschsprachige Biografie des in der westlichen Hemisphäre lange Zeit unterschätzten Revolutionärs und Staatsmannes. Seit früher Jugend überzeugter Kommunist, zeigt der Guerillero und spätere Verteidigungsminister, dem bisher vor allem Organisationstalent und Disziplin attestiert wurden, bemerkenswerte Fähigkeiten als Staatsmann. Raúl Castro hat als Präsident und Parteivorsitzender in wenigen Jahren viel bewegt. Es ist die spannende Geschichte eines ungewöhnlichen Menschen, der sein Land und die Welt verändert.

Einladung zum Kindertagsfest beim Büro Grünau

Wann: Do., 1. Juni 2023, 14:00 Uhr

Wo: Wahlkreisbüro Sören Pellmann, Stuttgarter Allee 18

Liebe Kinder, liebe Eltern, feiert mit uns den Kindertag! Es erwartet euch ein buntes Programm mit Spielen, Musik, Gesichtsbemalung und vielem mehr.

Für Essen und Getränke ist gesorgt. Kommt vorbei und habt eine tolle Zeit mit Familie und Freunden. Wir freuen uns auf euch!

Euer SBV West und das Team vom Wahlkreisbüro

Fit mit Links! An der Connewitzer Spitze

Wann: Mi., 14. Juni 2023, 19:00 Uhr

Wo: Connewitzer Spitze am Kreuz

Der Stadtbezirksverband Süd lädt jeden zweiten Mittwoch zur offenen Mitgliederrunde ein. Dieses Mal mit einem „Fit mit Links!“-Spezial mit unserer Genossin und ausgebildeten Fitnesstrainerin Nancy. Mit ihr wollen wir gemeinsam nachträglich die neuen Sportmöglichkeiten an der Connewitzer Spitze am Connewitzer Kreuz einweihen – die nicht zuletzt unsere Leute im Stadtrat und Stadtbezirksbeirat ermöglicht haben.

Der Sportkurs ist für alle geeignet. Mitzubringen sind Getränke, ein Handtuch und wetterfeste Sportkleidung.

Seminar: Gewaltfreie Kommunikation Tagesseminar mit Katharina Storch (nach Marshall B. Rosenberg)

Wann: Sa., 17. Juni 2023, 9:30–17:00 Uhr

Wo: Liebknecht-Haus, Braustraße 15

Du fühlst dich in deiner Gruppe oft unverstanden? Wertschätzung und Lob sind Mangelware?

Meinungsverschiedenheiten werden nicht konstruktiv gelöst, sondern münden in Streit und unschönen Auseinandersetzungen? Dann ist dieses Seminar für dich genau richtig! Es ist eine Einführung in die Gewaltfreie Kommunikation (GFK) nach dem US-amerikanischen und Mediator Marshall B. Rosenberg. Neben einer theoretischen Einführung wird es praktische Übungen zum Lernen und Vertiefen dieses Kommunikationsmodells geben, auch anhand eurer eigenen Beispiele.

Ziel ist es dabei, die innere Reflexion des eigenen Denkens und Handelns zu steuern, Konflikte wertschätzend zu lösen sowie eine innere Haltung zu einem achtsamen und friedvollen Miteinander in Politik und Alltag zu entwickeln.

Inhalte:

- bedürfnisorientierte Kommunikation
- 4 Schritte Modell der gewaltfreien Kommunikation
- Konflikte gewaltfrei lösen
- Umgang mit Ärger
- Wertschätzung und Dankbarkeit ausdrücken

Wir freuen uns auf ein konstruktives Seminar mit euch! Für Snacks und Getränke ist gesorgt. Anmeldung:

feminismus@dielinke-sachsen.de

Imperialistisch sind immer nur die anderen!? Ein Beitrag zum Ukraine-Konflikt mit Jan van Aken

Wann: Mo., 26. Juni 2023, 18:30 Uhr

Wo: Liebknecht-Haus, Braustraße 15

Seit nunmehr über einem Jahr wütet ein blutiger Angriffskrieg in der Ukraine, der bis dato tausende Todesopfer gekostet hat. Doch nicht erst seit dem Kriegsbeginn im Februar 2022 stellt der Konflikt einen großen Streitpunkt innerhalb der Linken dar. Doch eins ist klar: Damit der „Imperialismus“ nicht auch in unseren Kreisen zu einem inflationär genutzten Kampfbegriff verkommt, brauchen wir tiefgreifende Analysen und transparentere Dialoge. Einen Beitrag zu diesem Diskurs leistet der ehemalige Bundestagsabgeordnete der Linken, Jan van Aken. Er ist am 26. Juni im Liebknecht-Haus in der Braustraße 15 zu Gast. Bis dahin können weitere wichtige Fragen bei der dezentralen-hybrid Basiskonferenz der Leipziger LINKEN am 16. Mai 2023, ab 18:30 Uhr besprochen werden.

Roter Freitag: Was heißt es, marxistisch zu Denken? Eine Einführung.

Wann: Fr., 30. Juni 2023, 18:00–21:00 Uhr

Wo: Liebknecht-Haus, Braustraße 15

Veranstaltung im Rahmen des Roten Freitags mit Michael Franzke (ehem. Professor für Pädagogik und Management, Dozent für Kinder- und Jugendhilfe)

Nimm teil an tollen Vorträgen und Workshops zu allem, was das sozialistische Herz begehrt. Weitere Informationen zu dieser und anderen Veranstaltungen findest du unter: <https://gleft.de/5av>

① Für die Anmeldung schreibe eine kurze Mail an: christian.annecke@dielinke-leipzig.de



Impressum

Herausgeberin:

Stadtvorstand DIE LINKE. Leipzig
Braustraße 15, 04107 Leipzig
Fon: 0341 - 14 06 44 11
Fax: 0341 - 14 06 44 18
Web: www.dielinke-leipzig.de
Mail: vorstand@dielinke-in-leipzig.de
Spenden: Sparkasse Leipzig
IBAN: DE11 8605 5592 1175 5039 20
Druck: wir-machen-druck, klimaneutral

Redaktion: Kay Kamieth (v.i.S.d.P.), Steffi Deutschmann, Sören Pellmann, Adam Bednarsky

Gestaltung: Johannes Schmidt
Das nächste Mitteilungsblatt erscheint im kommenden Monat. Redaktionsschluss für die nächste Nr. ist **Mo. 05.06., 12:00 Uhr**. Namentlich gezeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Falle der Meinung der Redaktion. Die Redaktion behält sich sinnerhaltende Kürzungen vor.